

Zeitschriftenschau*)

The American Historical Review. Vol. 59, 1953/54

Current, Richard N.: The Stimson Doctrine and the Hoover Doctrine (S. 513–541). Verf. untersucht vom historischen Standpunkt Entstehung und Fortwirken der Stimson-Doktrin. Soweit hierunter die amerikanische Politik der Nichtanerkennung territorialer Verschiebungen auf Grund von Vertragsverletzungen verstanden werde, müsse sie richtiger Hoover-Stimson-Doktrin heißen. Sie sei von Hoover angeregt und von Stimson formuliert worden. Während aber Hoover die Nichtanerkennung als endgültige und ausreichende Maßnahme betrachtet habe, sei sie für Stimson nur der Beginn für wirtschaftliche und militärische Sanktionen gewesen. Man müsse deshalb zwischen einer Hoover-Doktrin und einer Stimson-Doktrin unterscheiden. Mr

The American Journal of Comparative Law. Vol. 3, 1954

Alexandrowicz-Alexander, C. H.: Delegation of Legislative Power in India (S. 72–79). Verf. bespricht ein vom indischen Supreme Court dem Präsidenten von Indien erstattetes Gutachten (1951 SCJ 527–729), das aus sieben Stellungnahmen der sieben Mitglieder besteht, und stellt Vergleiche zur englischen und amerikanischen Praxis an.

Sommerich, Otto C.: Foreign Confiscation and Public Policy (S. 87–92). Bespricht Entscheidungen Schweizer Gerichte (Schw. Jur. Ztg. 1953, S. 281, 343), des Supreme Court of Hong Kong (1953 American Maritime Cases 709) sowie einiger US-Gerichte zu dieser Frage.

Graue, Eugen Dietrich: Germany: Recognition of Foreign Expropriations (S. 93–95). Überblick über die deutsche Rechtsprechung.

Dach, Joseph: Conversion of Foreign Money: A Comparative Study of Changing Rules (S. 155–185). Vergleichender Überblick über die Normen und ihre Auslegung hinsichtlich des Zeitpunktes für die Festlegung des Wechselkurses bei Forderungen in fremder Währung in Großbritannien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn.

Grant, J. A. C.: Judicial Control of Legislation (S. 186–198). Verf. untersucht Zuständigkeit, Verfahren, Aktiv- und Passivlegitimation in der Verfassungsgerichtsbarkeit und die Urteilswirkung bei Popularklage (Kolumbien) und bei Inzidentfeststellung (USA).

Levontin, A. V.: Foreign Judgments and Foreign Status in Israel (S. 199–211). Verf. stellt fest, daß die Anerkennung fremder Entscheidungen sich grundsätzlich gem. Art. 46 der Palestine Order in Council von 1922 nach dem Common Law richte und behandelt gewisse Abweichungen besonders im Personalstatus eines Fremden.

Kunz, Josef L.: Contemporary Latin-American Philosophy of Law: A Survey (S. 212–232).

*) Auch die Zeitschriftenschau wird durch die Bandregister nach Sachgebieten abgeschlossen.

N a g e l, Heinrich: Judicial Review in Germany (S. 233–241). Überblick über den Schutz der Bürger- und Menschenrechte durch die Gerichte im 19. Jahrhundert, unter den Reichsverfassungen von 1871 und 1919 und nach dem Grundgesetz.

F a r m a n f a r m a, A.: Constitutional Law of Iran (S. 241–247). Verf. nimmt den Fall *M o s s a d e g h s* zum Anlaß eines Berichts über die Entwicklung der iranischen Verfassung und ihre Grundzüge im Hinblick auf den Einfluß der Krone, die Bildung und Entlassung der Regierung und den Einfluß des Parlaments darauf sowie die Möglichkeit einer persönlichen gerichtlichen Haftbarkeit von Kabinettsmitgliedern. Ut

The American Journal of International Law. Vol. 48, 1954

H u d s o n, Manley O.: The Thirty-Second Year of the World Court (S. 1–22). Behandelt die Fälle *Ambatielos*, *Minquiers-Ecrehos* und *Nottebohm*, die eingeleiteten Streitigen Verfahren (*Case of the Monetary Gold Removed from Rome in 1943*, *Électricité de Beyrouth Company Case*) sowie ein von der UN angefordertes Gutachten (*Case under the Assembly Resolution of December 12, 1953*), Beitrittsgesuche zum IGH-Statut (Finnland, Japan) und personelle Veränderungen am IGH.

W h i t t o n, John B.; J. Edward Fowler: Bricker Amendment – Fallacies and Dangers (S. 23–56). Verf. setzt sich mit den verschiedenen Argumenten der Verfechter des Bricker Amendment auseinander und hält ihnen entgegen, daß die Mißbrauchsmöglichkeit nicht eine im allgemeinen erforderliche Machtverleihung hindern dürfe. Unzutreffend sei es, daß der Supreme Court Verträge nicht für ungültig erklären könne. Ferner stehe die *treaty-making power* nicht den Staaten, sondern nur der Regierung der USA zu. Die ausgedehnte Anwendung von *executive agreements* lasse sich durch bessere Zusammenarbeit und nicht durch eine im internationalen Verkehr sehr hinderliche Verfassungsänderung auf das rechte Maß zurückführen.

F i n c h, George A.: The Need to Restrain the Treaty-Making Power of the United States within Constitutional Limits (S. 57–82). Verf. nimmt den Stahlindustriestreit von 1952 zum Ausgangspunkt einer Darstellung der *treaty-making power* in USA, weist auf die zunehmende Ausweitung der völkerrechtlichen Vertragsgegenstände und die damit verbundenen Gefahren für die innerstaatliche Kompetenzverteilung hin, und befürwortet das Bricker Amendment: es würde das Gleichgewicht zwischen den Befugnissen der Zentralregierung und denen der Länder wieder herstellen sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens eines Vertrages (*self-executing* oder nicht) klären. In die *domestic affairs* könne dann nicht mehr eingegriffen, wie auch in der UN-Charta vorgesehen, und der Senat nicht mehr durch *executive agreements* übergangen werden.

Y u e n - L i L i a n g: Notes on Legal Questions Concerning the United Nations. Preparatory Work for a Possible Revision of the United Nations Charter (S. 83–97).

J e s s u p, Philip C.: Should International Law Recognize an Intermediate Status between Peace and War? (S. 98–103). Verf. weist auf geschichtliche Beispiele hin und versucht verschiedene Kriterien dieses Zwischenstadiums festzulegen, das mit rechtlichen Konsequenzen ausgestattet werden müßte, die vielleicht nicht die verheerenden Folgen eines Krieges hätten.

- Kunz, Josef L.: Chapter XI of the United Nations Charter in Action (S. 103–110).*
Briggs, Herbert W.: The Proposed European Political Community (S. 110–122).
 Verf. findet in dem Entwurf vom 10. 3. 1953 neben Zügen einer supranationalen Organisation auch solche eines Staatenbundes.
- Fenwick, C. G.: The Revision of the Pact of Bogotá (S. 123–126).* Verf. befürwortet die Revision, deren Aufgabe es vor allem sei, an die Stelle der Schiedsgerichtsbarkeit die Schlichtung zu setzen und dem Rat der OAS eine aktive Rolle bei der Benennung der Schlichtungskommission zu geben.
- Solibakke, Richard C.: Northwest Regional Meeting of the Society (S. 130–135).* Diskussionsgegenstände des Treffens vom 6.–7. 11. 1953 waren: Waffenstillstand und Friedenskonferenz in Korea, neue amerikanische Politik in Bezug auf Verträge der UN, Entwicklung der *continental shelf*-Doktrin.
- Bivens, William J.: Restatement of the Laws of War as Applied to the Armed Forces of Collective Security Arrangements (S. 140–145).*
- Urrutia-Aparicio, Carlos: Guatemala's Withdrawal from the Organization of Central American States (S. 145–148).* Behandelt die verschiedenen zentral-amerikanischen Einigungsbestrebungen und den einseitigen Bruch der von Guatemala in der Charta von San Salvador übernommenen Verpflichtung.
- Kulski, W. W.: The Soviet Attitude towards International Law and Relations (S. 148–151).*
- Bishop Jr., William W.: Judicial Decisions (S. 153–168).* Bespricht höchstrichterliche Entscheidungen (aus den USA und anderen Ländern) zu völker- und staatsrechtlichen Fragen wie der Vereinbarkeit eines *executive agreement* mit einem US-Gesetz, der Qualifikation des Korea-Konflikts als Krieg, der Jurisdiktion der USA über fremdländische Angestellte von US-Truppen im Ausland, zur Frage, ob die UN-Charta in den USA als *self-executing* anzusehen sei, über konsularische Immunitäten, Rechtsfolgen der Annexion von Lettland, Staatensukzession und Kriegsbeschlagnahme feindlichen Vermögens.
- Weis, Paul: The International Protection of Refugees (S. 193–221).* Verf. behandelt die Frage der Völkerrechtsfähigkeit des Individuums an Hand der Rechtsstellung der Flüchtlinge. Er skizziert die Staatenpraxis nach dem ersten und die zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Gesetze nach dem zweiten Weltkrieg, besonders die Genfer Konvention vom 28. 7. 1951.
- Loewenstein, Karl: Sovereignty and International Co-operation (S. 222–244).* Nach Erläuterung der Begriffe „Souveränität“ und „Zusammenarbeit“ geht der Verf. auf die infolge der Ost-West-Spannung abgeschlossenen Verträge ein. Wenn dabei auch dem Wortlaut nach an der Gleichheit der beteiligten Staaten festgehalten werde, sei diese doch tatsächlich fraglich. Internationale Zusammenarbeit erfordere auch gar nicht die Gleichheit, führe aber dazu, daß die Linie zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates verschwimme, da durch die Zusammenarbeit vielfach Einflüsse auf die verbundenen Staaten ausgeübt würden, die ihre *domestic affairs* berühren.
- Plishke, Elmer: Reactivation of Prewar German Treaties (S. 245–264).* Verf. behandelt die Vertragschließungsbefugnis der Bundesrepublik und die Mitwirkung

der Besatzungsmächte. Dann behandelt er allgemein die Wirkung des Krieges auf Verträge unter Darlegung der Meinung der entsprechenden Entwürfe der Harvard Research und die Staatenpraxis nach dem ersten und zweiten Weltkrieg. Im Anschluß daran schildert er das von der Alliierten Hohen Kommission von Fall zu Fall eingeschlagene Verfahren zur Wiederinkraftsetzung von Verträgen des Reichs für die Bundesrepublik. Die Bonner Abmachungen vom 26. 5. 1952 hätten wegen der Teilung Deutschlands noch keine endgültige Regelung bringen können.

Alexandrowicz - Alexander, Charles Henry: The Legal Position of Tibet (S. 265-274). Verf. untersucht den Suzeränitätsanspruch Chinas auf Tibet.

Potter, Pitman B.: The United Nations Charter: 1955 (S. 275-276). Verf. befürwortet eine Revision der Charta, damit sie nicht wie die Völkerbundssatzung an ihren Mängeln zerbreche.

Woolsey, L. H.: The United States and Indo-China (S. 276-281). Verf. nimmt die Waffenlieferungen der USA nach Indochina zum Ausgangspunkt einer Untersuchung über die staatsrechtliche Entwicklung des Landes und der völkerrechtlichen Seite der Unterstützung. Diese sei, da sie einem anerkannten Regime gewährt werde, nicht rechtswidrig, im Gegensatz zu der den Vietminh von der UdSSR gewährten Hilfe.

Kunz, Josef L.: The Present Status of the International Law for the Protection of Minorities (S. 282-287). Der nach dem 1. Weltkrieg entwickelte völkerrechtliche Minderheitenschutz sei in den letzten Jahren zu Unrecht vernachlässigt worden. Verf. weist auf die Arbeit der "Sub-Commission for the Prevention of Discrimination and Protection of Minorities" der UN hin.

Eagleton, Clyde: International Rivers (S. 287-289). Behandelt Zukunftsfragen hinsichtlich der Ableitung und Ausnutzung der Wasserkräfte von Strömen mit mehreren Anliegerstaaten.

Fenwick, C. G.: Proposed Control over the Radio as an Inter-American Duty in Cases of Civil Strife (S. 289-292). Verf. wirft anlässlich eines mittelamerikanischen Falles die Frage auf, inwieweit ein Staat gehalten ist, revolutionäre Propaganda gegen Nachbarregierungen von seinen Sendern aus zu unterbinden, und behandelt die Einstellung der OAS-Staaten zu dieser Frage.

Carlston, Kenneth S.: Draft Convention on Arbitral Procedure of the International Law Commission (S. 296-299). Kommentiert den Entwurf der International Law Commission, General Assembly 8th Sess., Off. Rec., Supp. No. 9 (A/2456), p. 9-11.

Myers, Denys P.: Human Rights in Europe (S. 299-302). Verf. betrachtet die in Verträgen außerhalb der Menschenrechtskonvention vom 4. 11. 1950 enthaltenen Schutzbestimmungen.

Domke, Martin: Immunity of Foreign States from German Jurisdiction (S. 302-304). Bespricht einige deutsche Urteile der letzten Jahre.

Ledermann, Laszlo: Psychological Impediments to Effective International Cooperation (S. 304-307).

Kulski, W. W.: Soviet Comments on International Law and Relations (S. 307-313). Bespricht sowjetische Stellungnahmen zur Atombombe, den UN, der

Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der OAS, der Rechtsstellung Österreichs und der Arbeit der International Law Commission.

Bishop Jr., Wm. W.: Judicial Decisions (316–334). Verf. berichtet über zwei vom IGH entschiedene Fälle: Minquiers and Ecrehos Case und Nottebohm Case, sowie einige Urteile von US-Gerichten über Anerkennung ausländischer Hoheitsakte.

Ut

Wilson, Robert R.: Natural-Resources Provisions in United States Commercial Treaties (S. 355–379). Überblick über amerikanische Gesetze und Verträge, die Ausländern – in der Regel unter der Bedingung der Gegenseitigkeit – in beschränktem Umfang den Erwerb von Grundbesitz und seine Ausbeutung erlauben.

Jully, Laurent: Arbitration and Judicial Settlement. Recent Trends (S. 380–407). Verf. bedauert die Tendenz der Nachkriegszeit, in weitem Umfang spezielle Schiedsklauseln für vertragliche Streitigkeiten zu vereinbaren, anstatt den IGH in weiterem Umfang einzuschalten.

Metzger, Stanley D.: Settlement of International Disputes by Non-Judicial Methods (S. 408–420). Verf. erörtert eine neue Art der Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung multilateraler Abkommen (International Monetary Fund, International Bank for Reconstruction and Development, International Wheat Agreement, International Sugar Agreement, International Tin Agreement): Die durch die Abkommen eingesetzten obersten Exekutivorgane, in denen die Mitgliedstaaten ein unterschiedliches Stimmgewicht besitzen, entscheiden endgültig. Verf. wirft die Frage auf, ob dieses System der *weighted voting* einer weiteren Ausdehnung fähig ist.

Schroeder, Peter B.: The Radio Amateur in International Legislation and Administration (S. 421–433).

Yuen-li Liang: Notes on Legal Questions Concerning the United Nations: The Question of Access to the United Nations Headquarters of Representatives of Non-Governmental Organizations in Consultative Status (S. 434–450).

Fenwick, C. G.: Intervention – at the Caracas Conference (S. 451–453). Hinweis auf die bei der interamerikanischen Konferenz 1954 im Hinblick auf Guatemala erfolgte Erörterung.

Kunz, Josef L.: Infelix Austria (S. 453–458).

Potter, Pitman B.: The Power of the President of the United States to Utilize Its Armed Forces Abroad (S. 458–459).

Cowles, Willard B.: Review of the United Nations Charter and the Adjudication of International Claims (S. 460–464). Verf. befürwortet ein festes System internationaler Gerichte.

Fenwick, C. G.: The Tenth Inter-American Conference: Some Issues of Inter-American Regional Law (S. 464–469). Überblick über den Verlauf der Konferenz von Caracas.

Kulski, W. W.: Soviet Attitude towards International Law and Relations (S. 474–479). Besprechung von Artikeln sowjetrussischer Autoren über die Frage der Mitgliedschaft Chinas in den Vereinten Nationen.

Fincb, Eleanor H.: Annual Meeting of the Society (S. 479–491). Übersicht über das Treffen in Washington vom 22. bis 24. 4. 1954.

W. W. B.: Senate Action on the Bricker Amendment, February, 1954 (S. 494–495).

Bt

The American Political Science Review. Vol. 48, 1954

Epsstein, Leon D.: Politics of British Conservatism (S. 27–48).

Scalapino, Robert A.: „Neutralism“ in Asia (S. 49–62).

Fellman, David: Constitutional Law in 1952–1953 (S. 63–113).

Mr

Annales de Droit et de Sciences Politiques. T. 14, 1954

Aubry, Yves: Les souverainetés nationales dans la construction de l'Europe occidentale (N. 1, S. 55–81). Verf. beurteilt die europäischen Einigungsbemühungen als „Gesetzgebungsmaßnahmen“, als Organisationsversuche, als Bemühungen um die Schaffung eines „Internationalen Verfassungsrechts“ mit Überbewertung der Maschinerie über den Menschen, auf den es aber allein ankomme. Es sei nicht so wichtig, ein Europäisches Verfassungsrecht zu schaffen, als vielmehr das Völkerrecht weiter zu entwickeln und so zu einer Einheit Europas zu kommen.

Wagnon, H.: La personnalité juridique du Saint-Siège en droit international (N. 2, S. 3–19). Verf. stellt die bisherigen Theorien über die Rechtsstellung des Heiligen Stuhls dar und wendet sich gegen die Leugner seiner Völkerrechtssubjektivität. Er sieht sowohl im Heiligen Stuhl, dem obersten Organ der Kirche, als auch in der Kirche selbst souveräne Völkerrechtssubjekte.

Huberlant, Charles: Les actes de Gouvernement. L'état de la question en droit belge (S. 45–69).

Bh

Annales de la Faculté de Droit d'Istanbul. Année 1, 1951/52

Belik, Mahmut R.: Le Traité d'Amitié, de Conciliation et de Règlement Judiciaire entre la Turquie et l'Italie (S. 72–95). Behandelt den a. a. O. S. 96–101 abgedruckten Vertrag vom 24. 3. 1950.

Başgil, Ali Fuat: Le droit de pétition devant la Grande Assemblée Nationale. Etude sur l'article 82 de la Constitution turque (S. 277–298).

Hambro, Edvard: Quelques remarques sur la jurisprudence de la Cour internationale de Justice en matière d'interprétation des traités, notamment de la Charte des Nations-Unies (S. 299–316). An Hand der einschlägigen Entscheidungen kommt Verf. zu der Feststellung, daß die Rechtsprechung der Cour in diesen Fragen realistisch und fortschrittlich sei, indem sie die Erfordernisse der Völkergemeinschaft berücksichtige, ohne an den Regeln des klassischen Völkerrechts zu rütteln.

Dönmez, Sulhi: La nouvelle loi sur la presse (S. 317–332). Über das türkische Pressegesetz vom 15. 7. 1950.

Saymen, Ferit Hakki: Les assurances ouvrières en Turquie (S. 395–435; Année 2, S. 62–105).

— Année 2, 1952/53

Ambrosini, Gaspare: I vari sistemi per la manifestazione della volontà del corpo elettorale (S. 34–61).

Postacıoğlu, İlhan E.: *Le pouvoir judiciaire dans la Constitution turque actuelle* (S. 116–135).

Lütem, İlhan: *Some controversial Aspects of War Crimes* (S. 146–169).

Başgıl, Ali Fuat: *Le problème de l'immunité parlementaire. Etude sur l'article 17 de la Constitution turque* (S. 213–244).

Dönmezer, Sulhi: *Délits politiques commis en pays étranger* (S. 311–319).
Behandelt das Urteil des türkischen Kassationshofs vom 13. 4. 1949. Zn

Annales Universitatis Saraviensis. T. 2, 1953

Wiebringhaus, Hans: *Die Entscheidung des Haager Gerichtshofes im britisch-iranischen Oelstreit* (S. 70–83; 161–172).

Langrid, Georges: *La crise de la fonction publique internationale (1952–1953)* (S. 145–160; 248–267). Verf. behandelt Ursachen und Ablauf der Personalkrise im UN-Generalsekretariat 1952 und 1953, die durch das Ausscheiden von Trygve Lie beendet worden sei. Bh

The Annals of the American Academy of Political and Social Science. 1954

Vol. 292: Bureaucracy and Democratic Government

Brecht, Arnold: *How Bureaucracies Develop and Function* (S. 1–10).

Odegard, Peter H.: *Toward a Responsible Bureaucracy* (S. 18–29).

Sayre, Wallace S.: *The Recruitment and Training of Bureaucrats in the United States* (S. 39–44).

Stahl, O. Glenn: *Security of Tenure—Career or Sinecure?* (S. 45–56). Behandelt u. a. die Sicherheit der Staatsbediensteten in den USA.

Dimock, Marshall E.: *Administrative Law and Bureaucracy* (S. 57–64).

Gilbert, Charles E.; *Max M. Kampelman*: *Legislative Control of the Bureaucracy* (S. 76–87). Behandelt die Schwächen der in den USA bestehenden Kontrolle der Verwaltung durch den Kongreß.

Hart, James: *Administration and the Courts* (S. 88–94). Ut

L'Année Politique et Economique. Année 27, 1954

Lavergne, Bernard: *La Conférence de Berlin ou la trahison des intérêts vitaux de la France par M. Georges Bidault, partisan fanatique du réarmement massif de l'Allemagne* (S. 6–38).

Lavergne, Bernard: *La «Grande Impuissance» de la Haute Autorité du pool charbon-acier* (S. 80–87).

XXX: Révélations sensationnelles sur l'Allemagne d'Adenauer où, avec la complicité du Chancelier, règnent à nouveau l'esprit hitlérien de revanche et la volonté de conquête de l'«espace vital» (S. 113–143).

Debré, Michel: *Que penser de la Communauté Européenne de Défense?* (S. 144–170).

Lavergne, Bernard: *L'Indo-Chine. L'impérialisme américain: les Etats-Unis, qui s'opposent au droit des peuples à se gouverner; veulent-ils la 3^e guerre mondiale? — La duperie des prétendues garanties anglaise et américaine* (S. 171–192). Bh

The Arbitration Journal. Vol. 9, 1954

Rosenthal, Morris S.: *Enforcement of International Awards* (S. 42–45). Verf.

begründet den von der Internationalen Handelskammer dem ECOSOC vorgelegten Entwurf eines Vertrags über Durchsetzung von Schiedssprüchen. Ut

Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 79, 1953/54

Morstein Marx, Fritz: Betrachtungen zum amerikanischen Parteiwesen (S. 269–301).

Kirchheimer, Otto: Parteistruktur und Massendemokratie in Europa (S. 301–325).

Menzel, Eberhard: Die Auswärtige Gewalt der Bundesrepublik in der Deutung des Bundesverfassungsgerichts (S. 326–349). Die Rechtsprechung des Gerichts zeige, daß es geneigt sei, als Inhaber der auswärtigen Gewalt nur die Exekutive anzuerkennen. Hierin liege eine Unterschätzung der Bedeutung des Parlaments. Letztlich handele es sich um eine »kombinierte« Gewalt.

Köttgen, Arnold: Das Beamtenurteil des Bundesverfassungsgerichts (S. 350–368). Das am 17. 12. 1953 ergangene Urteil habe besonders die tatsächliche historische Situation der Beamtenschaft in der nationalsozialistischen Zeit verkannt.

Ehmke, Horst: Verfassungsänderung und Verfassungsdurchbrechung (S. 385–418). Nach Erläuterung der gegensätzlichen Lehrmeinungen der Weimarer Zeit geht Verf. auf die Rechtslage nach dem Grundgesetz ein und erklärt Verfassungsdurchbrechungen für unzulässig. Das Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes bezüglich des Deutschland-Vertrags und des EVG-Vertrages genüge den Erfordernissen, wie sie das GG für Verfassungsänderungen vorgesehen habe, nicht. Die Änderung des Art. 79 GG, wonach zur »Klarstellung«, daß die Verträge der Verfassung nicht entgegenstünden, eine Änderung des Textes der Verfassung in der Art genügt, daß die Vereinbarkeit lediglich festgestellt wird, sei als »Generaländerung« geeignet, auch Verfassungsdurchbrechungen zu decken.

Schnur, Roman: Die Krise des Begriffs der services publics im französischen Verwaltungsrecht (S. 418–430). Das französische öffentliche Recht habe auf dem Gebiet der Organisationsformen mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie das deutsche Recht. Das Auftauchen von staatlich gelenkten Organisationen, die den überkommenen Formen nicht mehr entsprechen, die Tendenz des Staates, privatwirtschaftlich tätig zu werden, habe zu einer erheblichen Ausdehnung des Begriffs der services publics geführt. Man stehe vor der Frage, ob der Begriff im organisatorischen Sinne angesichts der immer schwierigeren Abgrenzung zwischen privatem und öffentlichem Recht als tauglich beibehalten werden könne.

Kutsch, Hermann; Eberhard von Krakewitz: Übernahme des Begriffs »service public« ins deutsche Recht? (S. 431–455). Verf. halten eine solche Übernahme nicht für angebracht und weisen auf die Unterschiede der wirtschaftsrechtlichen Entwicklung beider Länder hin, ohne die großen Gemeinsamkeiten zu leugnen.

Knoll, Ernst: Eingriffe in das Eigentum im Zuge der Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Zur Lehre vom Eigentum, der Enteignung und der Entschädigung (S. 455–502).

Grewe, W.: Ungleiche Souveränität (S. 504–509). Befaßt sich mit der Erklärung

der Sowjet-Regierung über die Beziehungen zwischen UdSSR und DDR vom 25. 3. 1954. Dg

Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Jg. 6, 1954

Kirchner, O; H. Bornemann: Die Regierungskonferenz des Internationalen Fernmeldevereins in Buenos Aires (S. 1–8). Bericht deutscher Delegationsmitglieder über die Tagung in Buenos Aires (3. 10.–22. 12. 1952). Danach ist Deutschlands Mitgliedschaft am 31. 12. 1948 erloschen, die Bundesrepublik Deutschland seit 17. 4. 1952 Mitglied, die Aufnahme der Sowjetzone vom Verwaltungsrat des Vereins abgelehnt. Sr

Archiv des Völkerrechts. Bd. 4, 1953/54

Preiser Wolfgang: Zum Völkerrecht der vorklassischen Antike (S. 257–288).
Brüel, Erik: Die juristische Bedeutung des Atlantikpaktes (S. 288–300). Der Pakt sei seiner Natur nach eine defensive Allianz. Seine Hauptbedeutung liege nicht auf juristischem, sondern politischem Gebiet. Nicht zu leugnen sei eine gewisse Gefahrenlage der kleineren Partner, da sie durch Aktionen der größeren ungewollt in Konflikte hineingezogen werden könnten. Die Formulierung sei nicht immer glücklich; so sei die Angriffsdefinition mißlungen. Der Pakt sei mit der Charta der UN durchaus vereinbar. Es handle sich nicht um einen regionalen Pakt, sondern um einen solchen, der die nach der Charta zulässige Selbstverteidigung zum Ziele habe.
Betti, Emilio: Möglichkeit und Grenzen eines europäischen Zwischenrechts (S. 300–306).

Schwarz-Liebermann von Wahlendorf, Hans Albrecht: Die Europäische Gemeinschaft (S. 307–322). Behandelt die Bestrebungen für einen europäischen Zusammenschluß, die Vorgeschichte des Satzungsentwurfs vom 10. 3. 1953, den Entwurf als Gesamterscheinung und die Kernbestimmungen, besonders die Organe der Gemeinschaft.

Wiebringhaus, Hans: Die Entwicklung der Vertragsverhältnisse zwischen der Saar und Frankreich (S. 323–333). Dg

Asian Review. Vol. 50, 1954

Pethick-Lawrence: Indian Constitutional Government. The Last Stage Before Self-Government (S. 3–17). Ws

Außenpolitik. Jg. 5, 1954

Just, Artur W.: Die Innenpolitik der Sowjetunion und ihre außenpolitischen Konsequenzen (S. 5–13).

Kruse, Hans: Das Prinzip der freiwilligen Repatriierung. Völkerrecht und Politik in Korea (S. 36–42). Trotz der weitgefaßten Erklärung der Staatsmänner vor den UN sei das Prinzip der freiwilligen Repatriierung kein neu geschaffenes völkerrechtliches, sondern ein politisches.

—: *Berliner Konferenz und Potsdamer Abkommen (S. 73–81).*

Undén, Osten: Ist die deutsche Frage unlösbar? (S. 95–103). Das Zustandekommen einer europäischen Einigung unter Westdeutschlands Mitarbeit werde von den Westmächten offenbar für wichtiger gehalten als die Wiedervereinigung Deutschlands. Den gleichen Standpunkt nehme offenbar die westdeutsche Regierung

selbst ein. Die vom Westen geforderten freien gesamtdeutschen Wahlen seien nur mit der Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands von der Sowjet-Union zu erkaufen. Im Grunde seien weder der Osten noch der Westen gewillt, die deutsche Frage radikal anzupacken.

Joesten, Joachim: Tanger unter dem Regime der Generalkonsuln (S. 183–188).
Abe gg, Lily: Der umstrittene Kanal. Zur Geschichte der englisch-ägyptischen Verhandlungen (S. 209–224).

Lüt kens, Gerhart: Anstatt Potsdam etwa Jalta? (S. 243–252). Eine sachgemäße Interpretation des Deutschlandvertrages sei nur möglich, wenn man sich erinnere, welche Vereinbarungen 1945 unter den drei Mächten getroffen wurden, da auf diese Vereinbarungen bezüglich der vorbehaltenen Rechte rückverwiesen werde. Von allen Vereinbarungen des Jahres 1945 enthalte nur das Abkommen von Potsdam Grundsätze für die Behandlung der deutschen Frage. An diesem Abkommen jedoch sei einer der Partner des Deutschlandvertrages, nämlich Frankreich, nicht beteiligt. Als einzige gemeinsame Erklärung aller stelle sich danach die Deklaration in Potsdam vom 5. 6. 1945 dar, die ihrerseits auf die Erklärung von Jalta zurückgehe. In Jalta nun sei die Aufteilung Deutschlands Ziel der Alliierten gewesen. Deutschland-Vertrag und Wiedervereinigung seien auf diese Weise schwerlich miteinander zu vereinbaren.

Hamon, Léo: Frankreich und die deutsche Einheit (S. 293–299).

Kö v é r, J. F.: Drei Stufen der Neutralität in Europa. Irland–Schweden–Schweiz (S. 309–317). Die neuere Entwicklung, besonders der Einfluß der Ideologien auf die zwischenstaatlichen Beziehungen, lasse die juristische Tauglichkeit des überkommenen Begriffs der Neutralität fragwürdig erscheinen. Am Beispiel der drei europäischen Staaten demonstriert Verf., daß dem Begriff der Neutralität keine konstante Bedeutung zukommen könne.

Grewe, Wilhelm: Die Vereinbarungen von 1945 und die Politik der Wiedervereinigung (S. 345–354). Entgegnung auf die oben angezeigten Ausführungen von Lüt kens (a. a. O., S. 243–252). Dg

Außenwirtschaft. Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Jg. 9, 1954

Keller, Paul: Vom Zusammenwirken der Währungen (S. 96–105).

Vö lk, Karl H.: Die Tarifpolitik der Montanunion vor schwierigen Aufgaben (S. 106–129). Bh

The Australian Law Journal. Vol. 27, 1954

Cuppai dge, W. E.: The Divisibility of the Crown (S. 594–601). Zeigt an Hand von Entscheidungen, daß das verfassungsrechtliche Problem der Teilbarkeit der »Krone«, d. h. die Frage, ob die Krone als aus mehreren juristischen Personen zusammengesetzt zu denken ist oder als Einheit zu gelten hat, seit der Bildung des australischen Bundes ein heiß umstrittenes Thema geblieben ist, weshalb nicht vorsehbar sei, wie ein Gericht künftig entscheiden werde. Allerdings glaubt Verf. aus den von ihm angezogenen Entscheidungen schließen zu können, daß nur in zwingenden Fällen von der Regel der Unteilbarkeit der Krone aus praktischen Gründen abgewichen werden dürfte.

Helmore, B. A.: The Continental Shelf (S. 732–734). Erklärt unter Hinweis auf die beiden australischen Proklamationen vom 11. 9. 1953 betreffend den Festlandsockel um die australischen Küsten und um das von Australien treuhänderisch verwaltete Gebiet von Neuguinea, die ganze Gesetzgebung »strotze« von Möglichkeiten zu internationalen Zwischenfällen. Vergleichende Betrachtung nordamerikanischer Verhältnisse. Ws

The Australian Outlook. Vol. 8, 1954

Rigby, T. H.: Soviet Local Government and Democracy (S. 19–31). Verf. hält eine gründliche wissenschaftliche Untersuchung des Gesamtkomplexes der sowjetischen Lokalverwaltung für notwendig, als deren Ergebnis der Mythos von der Verwirklichung der Demokratie wenigstens in den unteren Bereichen der sowjetischen Verwaltung einer realistischeren Beurteilung weichen werde, die allerdings der sowjetischen Lokalverwaltung den demokratischen Charakter nicht generell abzusprechen brauche. Ws

The Australian Quarterly. Vol. 26, 1954

Holder, R. J. F.: The Commonwealth Finance Ministers' Conference (S. 16–28). Bericht über die Konferenz vom Januar 1954, die erstmals in Sydney statt in London abgehalten worden sei.

Parkes, Maida: The Constitution of New England. Initiative-Referendum Proposal Examined (S. 57–63). Unter vergleichender Betrachtung der Verhältnisse in der Schweiz und im Bundesstaat Kalifornien erörtert Verf. das Für und Wider des Beschlusses der Neu-England-Bewegung (*New England Movement*), das System des Initiativ-Referendums in die Verfassung des von der Neu-England-Bewegung auf einem Teilgebiet von Neu-Südwesten geplanten Bundesstaates Neu-England aufzunehmen. Ws

Boletim da Faculdade de Direito da Universidade de Coimbra. Vol. 27, 1951

Legaz y Lacambra, Luis: El estado de derecho (S. 66–98). Ausgehend von seiner 1934 erschienenen Schrift »El estado de derecho en la actualidad« untersucht Verf. den Einfluß der Massenherrschaft auf den Begriff des »Rechtsstaats«. Wenn die Form des sozialen Lebens nicht mehr mit den positiven Rechtsnormen übereinstimme, müsse sich der Rechtsstaat nach dem überstaatlichen Recht orientieren, um die soziale Harmonie unter Wahrung der Rechte des Individuums erneut zu garantieren.

Barcia Trelles, Camilo: Polémica en torno a la guerra de Corea (S. 99–144). Verf. untersucht die der amerikanischen Politik in Korea zugrunde liegende geopolitische Auffassung. Sr

Bulletin de Droit Tchécoslovaque. Année 11, 1953

Fierlinger, Zdeněk: Le régime démocratique populaire en Tchécoslovaquie (S. 1–18).

Bartuška, Jan: La Constitution du 9 mai – garantie des droits de citoyen et des libertés démocratiques (S. 18–25).

Boura, Ferdinand: La légalité socialiste et la protection des droits civils dans la République Tchécoslovaque (S. 26–32).

Rais, Štefan: Les nouvelles lois relatives à l'organisation judiciaire et aux fonctions du procureur général (S. 109–113).

Berák, Jaromír: Le soi-disant Traité général et le Traité sur la prétendue Communauté européenne de défense (S. 182–196).

Berák, Jaromír: La réforme monétaire tchécoslovaque (S. 287–292).

Vinš, Josef: Organes du système financier et contrôle financier en Tchécoslovaquie (S. 308–320). Zn

Bulletin de Législation et de Jurisprudence Égyptienne. Année 5, 1954

Dufour, Jean: La double imposition comme effet de la territorialité de l'impôt (S. 101–108). Gibt Hinweise, wie die Doppelbesteuerung weitgehend vermieden werden könne. Ws

Cahiers de Législation et de Bibliographie Juridique de l'Amérique Latine. Année 3, 1949/52

Couture, Eduardo J.: La Constitution Uruguayenne de 1952 (N. 11/12, S. 5–50). Übersicht über die Verfassungen von 1830, 1918 und 1934 nebst deren Änderungen und die Verfassungsreform von 1951/52. Sr

The Canadian Bar Review. Vol. 32, 1954

McWhiney, Edward: Race Relations and the Courts in the Union of South Africa (S. 44–74). Gibt eine Übersicht über die Rechtsprechung des südafrikanischen obersten Gerichtshofs zur südafrikanischen Rassensegregation. Verf. weist dabei auf die verfassungsrechtliche Stellung der Gerichte gegenüber der Legislative hin, die es den ersteren grundsätzlich – soweit nicht die sog. *entrenched clauses* berührt werden – verbietet, die Rechtmäßigkeit von ordnungsgemäß zustande gekommenen Gesetzen des Parlaments nachzuprüfen; trotzdem hätten die Gerichte im Rahmen ihrer Interpretationsbefugnis auf Inhalt und Anwendung der Segregationsgesetze wesentlich einwirken können.

McWhiney, Edward: Constitutional Law – Judicial Independence – Tenure of Office by Judges – An Excursus on the Terrell Case (S. 94–102). Grundsätzliche Bemerkungen zum Postulat von der Unabsetzbarkeit der Richter anlässlich der Entscheidungen des englischen High Court im Falle *Terrell v. Secretary of State for the Colonies* [1953] 3 W. L. R. 331, wonach die Richter in den britischen Kolonien grundsätzlich absetzbar sind.

Martin, Paul: Recent Developments in International Law (S. 304–323). Memorandum des kanadischen Gesundheits- und Wohlfahrtsministers für eine Tagung der kanadischen Landesgruppe der International Law Association. Verf. berührt dabei u. a. die Repatriierung nichtheimkehrwilliger Kriegsgefangener, die letzten Arbeiten der International Law Commission und die *domestic jurisdiction*-Klausel (Art. 2 Abs. 7 UN-Charta) sowie die Haltung der kanadischen Regierung zu diesen aktuellen Völkerrechtsfragen.

Kennedy, Gilbert D.: "Reciprocity" in the Recognition of Foreign Judgments. The Implications of Travers v. Holley (S. 359–386). Kommentar zu einer neuen, vom englischen Court of Appeal in der o. a. Entscheidung ([1953] 2 All E. R. 794,

800) entwickelten Regel für die Anerkennung ausländischer Urteile in Großbritannien. Je

Columbia Law Review. Vol. 54, 1954

Hart Jr., Henry M.: The Relations between State and Federal Law (S. 489–542). Mr

La Comunità Internazionale. Vol. 9, 1954

McNair, Arnold D.: Gli sviluppi della giustizia internazionale (S. 211–220). In seinem am 22. 3. 1954 gehaltenen Vortrag unterscheidet Verf. drei Perioden: 1. vom britisch-amerikanischen "Jay Treaty" 1794 bis zu den Kompromißklauseln und Schiedssprüchen gegen Ende des 19. Jh., 2. die des Ständigen Schiedshofs seit 1899, 3. die des StIGH und IGH, deren Tätigkeit Verf. charakterisiert.

Anciери, Ettore: La costruzione della Comunità araba e l'Occidente (S. 221–236).

Cialdea, Basilio: L'organizzazione della sicurezza paneuropea nel dialogo tra l'Occidente e l'U.R.S.S. (S. 237–258).

Domke, Martin: Il Progetto di convenzione delle Nazioni Unite sulle pratiche restrittive nel campo economico (S. 259–266). Verf. behandelt den Bericht der Ad hoc-Kommission vom 30. 3. 1953, E/2380, Off. Rec. Suppl. N. 11.

Uri, Pierre: Mercato comune e integrazione europea (S. 375–382).

Borsa, Giorgio: L'Asia sud-orientale tra comunismo e democrazia (S. 383–403).

Mossé, Robert: Dall'Unione monetaria latina alla Banca federale d'Europa (S. 404–416).

Zampaglione, Gerardo: La Federazione della Rhodesia e del Nyasaland (S. 417–431). Rn

Confluence. Vol. 2, 1953

Latham, Earl: The Majoritarian Dilemma in the United States Supreme Court (N. 4, 22–36). Behandelt die Einstellung des Gerichts zur Prüfung von Gesetzen auf Verfassungsmäßigkeit und betont die von ihm seit 1937 herausgestellte Unterscheidung zwischen Gesetzen, die sich mit wirtschaftlichen Materien befassen und nach der Rechtsprechung des Supreme Court nicht überprüfbar sind und Gesetzen anderen Inhalts.

Wildenmann, Rudolf: The Integration of the German Refugees (S. 37–48).

Jemelo, Arturo: On Religious Freedom in Italy (S. 49–58).

— **Vol. 3, 1954**

Gokhale, Balkrishna: Minorities in India (N. 1, S. 71–91). Entstehung, Entwicklung und Behandlung der drei Minderheitenkategorien (religiöse, stammes- und kastenmäßige) in Indien. Ut

Cuadernos de Estudios Africanos. 1953

Martín de la Escalera, Carmen: Rumbos de la Unión Francesa y el Magreb (N. 24, S. 23–41). Verf. schildert die Entwicklung der Union Française aus den Erfordernissen der Kriegführung in den französischen Überseegebieten bis zu den Verträgen mit den indochinesischen Staaten im Jahre 1953. Die folgende Untersuchung der rechtlichen Stellung von Tunis und Marokko in der Union zeigt die

zahlreichen Probleme, die aus der völkerrechtlichen Stellung dieser Gebiete und den französischen Vertragspflichten gegenüber England und Spanien herrühren.

— 1954

Cordero Torres, José Maria: Las últimas derivaciones internacionales del problema marroquí (N. 25, S. 9–22). Ausgehend von dem spanisch-marokkanischen Protest gegen die französische Marokko-Politik in Tetuan am 21. 1. 1954 zeigt Verf. die Gegensätze der spanischen und französischen Marokko-Politik während der letzten 25 Jahre.

Tacconi, Sandro: Italia en Africa (S. 53–74). Bericht über die italienische Aufbauarbeit in den afrikanischen Kolonialgebieten und die italienische Treuhandschaftsverwaltung in Somaliland. Sr

Cuadernos de Política Internacional. 1953

Barcia Trelles, Camilo: El problema de la integración europea (N. 14, S. 23–64). Die politische Entwicklung in der Nachkriegszeit habe über die Verträge von Dünkirchen und Brüssel zum Europarat und zum EVG-Vertrag geführt. Eine Eingliederung des geteilten Deutschland und die ungeklärte Stellung der französischen Union (im Gegensatz zum britischen Commonwealth) seien die schwierigsten Probleme bei den heutigen Plänen.

Aguilar Navarro, Mariano: Algunas reflexiones sobre las Alianzas (S. 67–82). Die neue Literatur, die Verf. sehr zahlreich zitiert, beschäftige sich wieder mit dem Problem der »Bündnisse« im Sinne politischer Instrumente. In dem weiten Raum vom eng umrissenen Pakt zweier Mächte bis zur supranationalen – einem Staatenbund ähnlichen – Gemeinschaft bewegen sich die Spielarten politischer Bündnisse, die manche Autoren von regionalen – als geopolitisch gegebenen – Pakten unterscheiden wollen. Verf. glaubt, daß unter dem Zwang des modernen Krieges sich alle Verteidigungsbündnisse in Föderationen verwandeln werden.

Mostaza, Bartolomé: España, origen de un sistema de coordinadas diplomáticas (N. 15, S. 9–49). Nach kurzem Überblick über die Entwicklung der spanisch-nordamerikanischen Beziehungen schildert Verf. das Zustandekommen des spanisch-amerikanischen Vertrags vom 26. 9. 1953 über die Errichtung von militärischen Stützpunkten. Die Lage Spaniens, zwischen Europa und Afrika, der arabischen Welt und den USA, habe das Land in ein neues politisches Kraftfeld gerückt.

Cordero Torres, José Maria: La evolución del Protectorado francés en Marruecos: Del control a la cosoberanía (S. 57–72). Die Absetzung des Sultans von Marokko durch Frankreich, der religiöses Oberhaupt von Spanisch-Marokko geblieben sei, werfe bisher ungelöste Probleme auf. Die französische Politik in Marokko entferne sich nach Ansicht des Verf. von der Grundlage der mit Marokko und Spanien geschlossenen Verträge. Durch die Verhandlungen vor den UN sei das Land erneut in den Mittelpunkt des Interesses getreten.

Tacconi, Sandro: El problema de Trieste (S. 89–102).

— 1953/54

Cordero Torres, José Maria: Marruecos en las relaciones franco-españolas (N. 16/17, S. 9–19). Nach der von Spanien nicht gebilligten Absetzung des Sultans

von Marokko haben sich die französisch-spanischen Gegensätze in der Marokko-Politik ohne Verschulden Spaniens verschärft. Sr

Cuadernos de Política Social. 1953

Fagoaga G. – Solana, Miguel: Democracia, totalitarismo y corporativismo (N. 19, S. 7–34). Verf. untersucht die katholische Soziallehre, die spanische traditionalistische Schule (Donoso Cortés, Gil Robles u. a.) und den faschistischen Korporativismus. Sr

Current History. Vol. 26/27, 1954

Harbron, John D.: Spain in Africa (Vol. 26, S. 215–221).

Rudin, Harry R.: Italy in North Africa (S. 222–228).

Rubinstein, Alvin Z.: France in Africa (S. 228–234).

Ferrell, Frances Hunter: Britain and Egypt (S. 235–239).

Fay, Sidney B.: The United States and North Africa (S. 240–247).

Florinsky, Michael T.: Soviet Expansion (S. 321–326). Schildert die territoriale Expansion der Sowjetunion und die dabei angewandten Methoden.

Mikolajczyk, Stanislaw: Soviet Problems in Poland (S. 327–338). Behandlung der Deutschen, Ukrainer und Juden in Polen, Beziehungen zwischen Kirche und Staat, Widerstand der Bauern gegen die Kolchosenwirtschaft und Kontrolle des Landes in militärischer und politischer Hinsicht durch die Russen.

Vucinich, Wayne S.: Sovietization in the Balkans (S. 339–346).

Mares, Vaclav E.: Czechoslovakia under Communism (S. 347–354). Der Kommunismus sei in der CSR gescheitert und die Theorie von Marx in diesem Industrielande habe sich nicht bestätigt.

—: *Military Control in East Germany (S. 355–361).* Behandelt die sowjetische Besatzungspolitik besonders seit dem 17. 6. 1953. Ut

Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 69, 1954

Renner, Viktor: Zur Verfassung des Landes Baden-Württemberg (S. 1–4). Kritische Würdigung der Verfassung vom 19. 11. 1953.

Klein, Friedrich: Formale Probleme des Ausführungsgesetzes zu Art. 107 GG (S. 37–43). Behandelt den Gesetzentwurf über die endgültige Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder.

Forsthoff, Ernst: Das Bundesverfassungsgericht und das Berufsbeamtentum (S. 69–72). Kritik des Urteils vom 17. 12. 1953.

Hoffmann, Werner: Ungeklärte Staatsangehörigkeitsfragen zwischen Deutschland und Österreich (S. 73–75).

Landron, Pierre: Die französische Verwaltungsgerichtsbarkeit (S. 105–110).

Steindorff, Ernst: Der unbestimmte Rechtsbegriff im Lichte der französischen und amerikanischen Verwaltungsrechtsprechung (S. 110–114). Verf. empfiehlt unter Darlegung der gemessen an deutschem Recht einschränkenden ausländischen Rechtsprechung eine erneute Prüfung der Tragweite des Art. 19 Abs. 4 GG.

Loening, Hellmuth: Der ministerialfreie Raum in der Staatsverwaltung (S. 173–180). Den Zustand, daß Verwaltungsstellen in organisatorischer Hinsicht nicht

einer staatlichen Behörde, besonders nicht einem Ministerium unterstehen, hält Verf. grundsätzlich für verfassungswidrig.

Schneider, Hans: Die Verbindlichkeit von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (S. 184–187).

Kern, Ernst: Probleme der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes gemäß Artikel 131 GG (S. 211–219; 273–278). Kritik der Urteile, wonach die Beamtenverhältnisse mit der Kapitulation erloschen seien.

HaaS, Dieter: Landesverordnungen auf Grund bundesgesetzlicher Ermächtigung (S. 241–245). Derartige Verordnungen seien weder Bundes- noch Landesrecht, sondern eine dritte, eigenständige Gruppe von Rechtsnormen.

Held, Hermann: Die Unzulässigkeit von Hand- und Spanndiensten nach geltendem Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht (S. 345–349).

Gelzer: Zum Entwurf des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen (S. 388–392).

Reschke, Hans: Bemerkungen zum Entwurf der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung (S. 413–418).

Kern, Eduard: Das Reichskonkordat (S. 449–451). Verf. bezweifelt die Weitergeltung des Konkordates von 1933 aus Gründen sowohl der Entstehungsgeschichte als seines Inhalts.

Schröcker: Die Wiederanwendung der Vorkriegsverträge nach dem Grundgesetz (S. 486–491; 525–528). Das Grundgesetz enthalte keine Anerkennung des Reichskonkordats und übertrage die Pflichten des Reichs aus diesem Verträge nicht auf die Länder. Das Konkordat sei, unter der Vorraussetzung seiner Gültigkeit, teilweise Bundes-, teilweise Landesrecht geworden.

Jarosch, Roland: Die Prüfung unbestimmter Rechtsbegriffe durch die Verwaltungsgerichte (S. 521–525). Dg

Europa-Archiv. Jahr 9, 1954

Volle, Hermann: Die Umstellung der NATO auf eine Politik der »Langen Sicht« (S. 6321–6328).

Kennan, George F.: Öffentliche Meinung und auswärtige Politik (S. 6353–6360).

Umrath, Heinz: Sechs Jahre Benelux (S. 6453–6460).

Cornides, Wilhelm; Walter Bödigheimer: Das Problem der europäischen Sicherheit auf der Berliner Viermächtekonferenz 1954. I. Teil: Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems 1943–1953 (Wilhelm Cornides). II. Teil: Die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem auf der Berliner Konferenz von 1954 (Walter Bödigheimer) (S. 6489–6513).

Volle, Hermann; Ernst Wallrapp: Die Österreichverhandlungen auf der Berliner Konferenz von 1954. Eine Übersicht. Die Verhandlungen vor der Berliner Konferenz (Hermann Volle). Die Verhandlungen auf der Berliner Konferenz (Ernst Wallrapp) (S. 6514–6524).

Breitner, Franz: Menschenrechtsschutz und Europäische Integration. Gedanken zur Frage der Menschenrechtsbeschwerde und der Menschenrechtsklage vor europäischen Institutionen internationaler oder supranationaler Prägung (S. 6559–6568).

Fischer, Per: Europas Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme in der Sicht des Europarats (S. 6569–6577).

Menzel, Eberhard: Die Diskussion über die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes (S. 6599–6616). Verf. lehnt die These von der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes ab. Er neigt zur Bejahung der Frage, ob die Bundesregierung für den Abschluß von Saarvereinbarungen zuständig sei.

Schwarzenberger, Georg: Neue Aufgaben für die Völkerrechtswissenschaft (S. 6635–6638). Verf. warnt vor einer Identifizierung irrealer Doktrinen mit tatsächlichem Völkerrecht, vor der ständigen Verwischung der Grenze zwischen *lex lata* und *lex ferenda*. Er fordert induktive Überprüfung des internationalen Gewohnheitsrechts, die eine Sammlung der völkerrechtlichen Staatspraxis nach der Art des "Digest of International Law" von Hackworth erforderlich mache, eine wissenschaftliche Analyse des internationalen Vertragsrechts nach funktionalen Gesichtspunkten, die Erschließung neuer Teilgebiete des Völkerrechts durch wirklichkeitsnahe Differenzierung im Recht der internationalen Organisation, Völker-Luftrecht, Völker-Wirtschaftsrecht usw., der Völkerrechtssoziologie und der Völkerrechtsgeschichte. Er steckt die Möglichkeiten und Grenzen der Völkerrechtsentwicklung ab, welche letztere er erreicht sieht, wenn das gemeinsame ethische Fundament der Staaten fehlt. Er fordert Verstärkung der internationalen Integration, zu der Nordatlantikpakt, Punkt-Vier-Programm und Colombo-Plan ihm erste Schritte sind. Sache des Völkerrechts sei es, die für die Staatenzusammenarbeit notwendigen Rechtsformen zur Verfügung zu stellen.

Calogeropoulos-Stratis, S.: Griechenland, die Großmächte und der Friede (S. 6695–6703).

Mende, Dietrich: »Deutschland zwischen Ost und West«. Betrachtungen zum Vortrag des Reichskanzlers a. D. Dr. Brüning über »Die Vereinigten Staaten von Europa« (S. 6771–6781).

Eichler, Wolfgang: Zur Gerichtsbarkeit in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (S. 6786–6790).

Hehn, Jürgen von: Die Weltfriedensbewegung im Atomzeitalter (S. 6807–6821).

Bh

Far Eastern Survey. Vol. 23, 1954

Compton, Boyd R.: The Indonesian Election Law (S. 62–64; 74–77). Vorgeschichte und Kommentierung des indonesischen Wahlgesetzes vom 7. 4. 1953. Ws

Foreign Affairs. Vol. 32, 1953/54

Attlee, Clement R.: Britain and America: Common Aims, Different Opinions (S. 190–202).

Gross, Ernest A.: Revising the Charter. Is It Possible? Is It Wise? (S. 203–216). Verf. tritt für Evolution ein, da jede Revision zu viele auch außerhalb des Ost-West-Konflikts liegende Probleme berühre.

P.: Middle Ground Between America and Russia: An Indian View (S. 259–269).

Padilla, Ezequiel: The Meaning of Pan-Americanism (S. 270–281).

Carter, Gwendolen M.: Can Apartheid Succeed in South Africa? (S. 296–309).

Dulles, John Foster: Policy for Security and Peace (S. 353–364).

Mollet, Guy: France and the Defense of Europe: A French Socialist View (S. 365–373). Verf. legt das sozialistische Programm einer »defensiven Wiederbewaffnung« dar und behandelt dabei besonders die Einbeziehung Deutschlands, die nur im Rahmen einer europäischen Armee in Betracht komme. Er befaßt sich weiter mit der Frage der Festigung »Europas« und seiner Zusammenarbeit mit England und den USA sowie den Neutralitätsbestrebungen linksgerichteter Gruppen.

Géraud, André: Rise and Fall of the Anglo-French Entente (S. 374–387).

Philby, H. St. J. B.: The New Reign in Sa'udi Arabia (S. 446–458).

Korbel, Josef: Danger in Kashmir (S. 482–490).

Li Ch'ang: The Soviet Grip on Sinkiang (S. 491–503).

Harriman, W. Averell: Leadership in World Affairs (S. 525–540). Behandelt die nach 1947 von den USA durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung der freien Welt und resümiert die in den letzten 25 Jahren gemachten Erfahrungen zur Förderung wirtschaftlichen Wohlstandes, sozialer Sicherheit und demokratischer Entwicklung.

Muñoz Marin, Luis: Puerto Rico and the U. S., Their Future Together (S. 541–551).

Glubb, J. B.: Violence on the Jordan-Israel Border: A Jordan View (S. 552–562).

Gaitskell, Hugh: The Search for Anglo-American Policy (S. 563–576).

Jackson, Barbara Ward: The Gold Coast. An Experiment in Partnership. (S. 608–616). Berichtet über die seit 1950 selbständige Eingeborenen-Regierung.

McGhee, George C.: Turkey Joins the West (S. 617–630).

Wuorinen, John H.: Finland Stands Guard (S. 651–660).

Heron, David Winston: Antarctic Claims (S. 661–667). Verf. nimmt einen britisch-argentinischen Zwischenfall in der Antarktis zum Anlaß einer Betrachtung über die rechtlich relevanten Fakten bei den Ansprüchen. Die auf die Entdeckung gestützten müssen hinter denen der effektiven Kontrolle zurücktreten. Ut

Foreign Affairs Reports. Vol. 1, 1952

Published by the Indian Council of World Affairs in Co-operation with the Asian Relations Organization.

Phillips, Ralph Leonard: Central Africa Federation: Some Aspects of an Ancient Problem (N. 5/6, S. 1–18). Behandelt die Problematik der Gebiete in staatsrechtlicher, politischer, kultureller und rassischer Hinsicht.

— Vol. 2, 1953

Kohl, J. F. Halkema: The Netherlands-Indonesian Union (S. 1–11).

Lissitzyn, Oliver J.: Iranian Oil, Foreign Investments and the Law (S. 17–33).

Verf., der am Ende auch Auszüge aus Originaltexten (S. 33–39) bringt, schildert die Entwicklung des persischen Ölstreites und behandelt die allgemeine Einstellung nationaler Gerichte zu Enteignung und Entschädigung.

G. H. J.: The Anglo-Egyptian Question (S. 41–52). Bespricht die Standpunkte Englands und Ägyptens zur Suez- und Sudanfrage.

Dutt, Vidya Prakash: The Structure and Working of the Government of the

- People's Republic of China* (S. 55–65). Nach Darlegung der Lage kommt Verf. zu dem Schluß, daß die Regierungsform in China nicht ausgesprochen diktatorisch sei.
- Gupta, Sisir: Constitution-making in Pakistan* (S. 67–80).
- Baldoria, Pedro L.: Parties and Politics in the Philippines* (S. 81–90).
- Poplai, S. L.: Relations Between India and Pakistan* (S. 110–120).
- Mukerji, Krishna P.: Parties and Politics in Ceylon* (S. 121–142).
- Hammer, Ellen: Parties and Politics in Viet Nam* (S. 145–158).

— **Vol. 3, 1954**

- Matsuo, M.: Parties and Politics in Contemporary Japan* (S. 1–8). Im Anhang (S. 8–13) gibt Verf. Auszüge aus den Parteiprogrammen der wichtigsten japanischen Parteien und der Verfassung.
- Sen, Sukumar: The General Elections in the Sudan* (S. 14–24). Überblick über Geschichte, Land und Leute des Sudans und die jetzige Verfassung und das Wahlgesetz.
- Poplai, L.: The Colombo Conference of South-East Asian Prime Ministers* (S. 79–92). Ut

Die Friedens-Warte. Bd. 52, 1953/54

Wehberg, Hans: Entwicklungsstufen der internationalen Organisation. Zugleich ein Beitrag zur Frage des übernationalen Charakters der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 193–218). Verf. zeigt, wie auf der Vorstufe internationaler Organisation und Kontrolle als übernationaler Organismus die EGKSt erstand, und gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen Organisation. Er fordert stärkere Inanspruchnahme der internationalen Gerichtsbarkeit, Ausschluß jeder Gewaltanwendung oder Annexion unabhängig von vorausgegangenen Rechtsverletzungen.

Lalive, Pierre A: La quarante-sixième Session de l'Institut de Droit international. Aix-en-Provence, 24 avril–1^{er} mai 1954 (S. 219–234).

Nawiaski, Hans: Die Stellung der Einzelperson im Völkerrecht. Eine grundsätzliche Betrachtung (S. 235–243). Unter Beiseitelassung des Schrifttums folgert Verf. aus seinen Thesen, Adressaten der Rechtsnormen können nur willensbegabte Bewußtseinsträger und dies nur Menschen sein, das Fehlen einer Sanktionsmöglichkeit für Verletzung von Verboten, die sich in der Sache nur an Staaten und nicht unmittelbar an die Staatsorgane wenden. Letzteres aber sei grundsätzlich anzunehmen, mögen die Normen sich formal auch an Staaten richten. Mögliche Träger völkerrechtlicher subjektiver Rechte seien sowohl Staaten als Individuen, da Rechte im Gegensatz zu Pflichten keine Handlungsfähigkeit voraussetzen. Völkerrecht und Staatsrecht seien, in ihrer Beziehung zu Individuen, zwei besondere, parallele, nach sachlicher Reichweite abgegrenzte Rechtskreise ohne Unter- und Überordnungsverhältnis, ebenso Bundes- und Gliedstaatsrecht im Bundesstaat. Rn

Headline Series. 1953

Dangerfield, Royden: The New Japan (N. 102, S. 3–55). Geschichte und Entwicklung Japans seit 1853.

— 1954

Trumbull, Robert: India since Independence (N. 105, S. 3–55). Verf. behandelt u. a. die rechtlichen Vorgänge und Probleme bei der Erlangung der Unabhängigkeit Indiens 1947 sowie die Ziele der politischen Parteien, die kulturellen Fragen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Hilfsquellen und besonders die Außenpolitik. Ut

Hikaku-hō-zasshi – Comparative Law Review. Vol. 2, 1954

No. 2–4: Special Number for the Studies on the Iranian Oil Nationalization

Sugiyama, N.: International Effects of the Iranian Oil Nationalization Law.

Yokota, K.: International Effects of Nationalization.

Egawa, H.: International Effects of Nationalization Law from the point of view of Conflict of Laws.

Ohira, Z.: The Limit of Primacy of the International Law over the National Law.

Die Aufsätze sind, trotz englischer Titelangaben, sämtlich japanisch abgefaßt. S. 311–326 ist der Konzessionsvertrag zwischen Persien und der Anglo-Persian Oil Co. vom 29. 4. 1933 französisch, S. 327 das persische Ölnationalisierungsgesetz vom 1. 5. 1951 englisch, S. 329–346 das Urteil des District Court of Aden vom 9. 1. 1953 englisch, S. 347–352 das Urteil des Appellationsgerichts Venedig vom 11. 3. 1953 englisch abgedruckt. Rn

India Quarterly. Vol. 10, 1954

Appadorai, A.: University Teaching in International Relations in India (S. 52–71).

Parry, Clive: Citizenship in the Commonwealth with Special Reference to India (S. 101–125). Ausgehend von einer kurzen historischen Betrachtung befaßt sich Verf. nach Darstellung der Rechtslage in Indien auch mit den Staatsangehörigkeitsverhältnissen in den übrigen Teilen des Commonwealth sowie in der Republik Irland und in Burma. Ws

Indonesië. Jg. 7, 1953

Spits, A. I.: Het toezicht van de Verenigde Naties op niet-zelfstandige gebieden (S. 101–121). Zur Aufsicht der UN über nichtselbständige Gebiete.

Valk, M. H. van der: Problemen der rechtshervorming in China (S. 132–155). Behandelt die Rechtsetzung in China vor 1949. Zn

Información Jurídica. 1954

Lozano Serralta, M.: La nacionalidad originaria en el Derecho español (S. 217–243). Historisch-rechtsvergleichende Übersicht über die Hauptprobleme des originären Erwerbs der Staatsangehörigkeit.

Santa Pinter, José Julio: La regla de la No-discriminación y la protección de la minorías (S. 313–338). Während in der Vorkriegszeit der Gedanke des Minderheitenschutzes im Vordergrund stand, habe sich heute der Akzent auf die »Nicht-diskriminierung« verlagert, was Verf. an den Verfassungen der Nachkriegszeit, den Friedensverträgen und den Bestrebungen der UN belegt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen, vor allem in den Ostblockstaaten, fordert Verf. einen verstärkten

Schutz der Minderheiten, den er durch eine internationale Verbürgung der Gegenseitigkeit am besten garantiert sieht.

Ollero, Carlos: La organización constitucional del poder en la U. R. S. S. y Europa Oriental (S. 405–426, S. 609–635). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 377, angezeigten Aufsatzes. Berücksichtigt die neueste Verfassungsentwicklung der Ostblockstaaten. Sr

International Affairs. Vol. 30, 1954

Hambro, Edvard: The International Court of Justice (S. 31–39).

Jacobsson, Per: The Problem of Convertibility for Western Europe (S. 137–147).

Honig, F.: The International Civil Service: Basic Problems and Contemporary Difficulties (S. 175–185). Behandelt insbesondere das Problem der Sicherheit und Unabhängigkeit der Stellung der internationalen Beamten. Verf. fordert eine Verbesserung ihrer Immunitätsrechte, eine International Civil Service Commission zur Koordinierung ihrer Auswahl und mehr Zurückhaltung seitens der Mitgliedstaaten, politisch-ideologische Streitigkeiten in die internationalen Organisationen zu tragen.

Monroe, Elizabeth: The Shaikhdom of Kuwait (S. 271–284).

Lange, Halvard: Scandinavian Co-operation in International Affairs (S. 285–293).

Allen, G. C.: Western Enterprise in the Far East (S. 294–303).

Brodbent, P. B.: Sudanese Self-Government (S. 320–330).

Galindez, Jesus de: Government and Politics in Puerto Rico. New Formula for Self-Government (S. 331–341).

Verdross, Alfred: General International Law and the United Nations Charter (S. 342–348). Je

The International and Comparative Law Quarterly. Vol. 3, 1954

Hambro, Edvard: The Authority of the Advisory Opinions of the International Court of Justice (S. 2–22). Verf. hebt gegenüber der rechtlichen Unverbindlichkeit der Gutachten ihre faktische autoritative Wirkung hervor, weist auf die Folgen hin, die daraus für Verfahrensfragen gezogen worden sind (z. B. Beteiligung eines nationalen Richters oder Forderung nach Zustimmung des Staates, dessen Rechte in der Gutachtenfrage berührt werden) und berichtet, inwieweit die Gutachten praktisch anerkannt und befolgt worden sind. Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß Gutachten des IGH nur dann wirkliche Autorität und praktischen Wert haben könnten, wenn die zu begutachtende Rechtsfrage keinen allzu starken politischen Hintergrund habe, das Votum der Richter möglichst einstimmig erfolgt und die Begründung der Entscheidung überzeugend sei.

Borm-Reid, Marussia: Recognition and Enforcement of Foreign Judgments (S. 49–92). Verf. gibt einen eingehenden Überblick über Gesetzgebung und Gerichtspraxis zur Frage der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Großbritannien.

Bindschedler, Rudolf: Switzerland: Recent Trends in International Law (S. 93–100, 512–520). Berichtet über die schweizerische Regierungs- und Gerichtspraxis in völkerrechtlichen Fragen 1952.

Lippstein, K.: A Draft Convention on the Recovery Abroad of Claims for Maintenance (S. 125–134). Behandelt den im Rahmen der UN ausgearbeiteten Entwurf (E/AC. 39/1) vom 18. 9. 1952.

Johnson, D. H. N.: The Minquiers and Ecrehos Case (S. 189–216). Behandelt den vom IGH am 17. 11. 1953 entschiedenen Streitfall zwischen Frankreich und Großbritannien über die territoriale Zugehörigkeit der oben genannten Kanalinseln. Verf. hebt hervor, daß das Urteil des IGH einstimmig ergangen sei und die bisherigen völkerrechtlichen Grundsätze für die Begründung eines gebietshoheitlichen Rechtstitels bestätigt habe.

D'Olivier Farran, C.: The Sovereign Order of Malta in International Law (S. 217–234). Berichtet über die völkerrechtliche Rechtsstellung des Malteserordens.

Robertson, A. H.: The Council of Europe, 1949–1953 (S. 235–255, 404–420).

Verf. untersucht, wie sich Struktur und Funktionen der beiden Hauptorgane des Europarates, des Ministerrates und der Beratenden Versammlung, sowie ihr rechtliches Verhältnis zueinander im Lauf der ersten 5 Jahre des Europarates entwickelt haben. Verf. kommt dabei zu dem Ergebnis, daß das Zusammenwirken beider Organe dem Ziel des Europarates, der Herstellung einer engeren Einheit zwischen den Mitgliedsstaaten förderlich sei: Die Beratende Versammlung übe einen stimulierenden Einfluß auf die zwischenstaatlichen Verhandlungen europäischer Konventionen aus und könne hierfür die öffentliche Meinung mobilisieren; die Organe des Europarates böten ein Forum, in dem sich eine europäische Meinung über wichtige politische Fragen bilden und die Tätigkeit der zahlreichen europäischen technischen Sonderorganisationen unter einheitlichen politischen Gesichtspunkten koordiniert werden könne.

Gold, Joseph: The Interpretation by the International Monetary Fund of its Articles of Agreement (S. 256–276). Behandelt die in Art. 18 der Satzung des Internationalen Währungsfonds enthaltene Befugnis der Organe des Fonds, die Bestimmungen der Satzung mit bindender Wirkung für die Mitgliedsstaaten zu interpretieren. Verf. berichtet über die auf Grund des Art. 18 bisher ergangenen Entscheidungen und die Anerkennung ihrer bindenden Wirkung in den Mitgliedsstaaten.

Bliss, Brian: Nationalisation in France and Great Britain of the Electricity Supply Industry (S. 277–290).

Alexandrowicz, C. H.: Is India a Federation? (S. 393–403). Verf. wendet sich – insoweit im Gegensatz zu *Wheare*, *Federal Government 1951* – gegen eine zu enge Definition des Begriffes *Federation* (Bundesstaat), die dazu geführt habe, bundesstaatliche Verfassungen, die nach der Seite des dezentralisierten Einheitsstaates tendierten und in denen die Gliedstaaten nicht über einen gesicherten Kompetenzbereich verfügen, als *quasi-federal* zu qualifizieren, obwohl in ihnen bundesstaatliche Elemente enthalten seien. Verf. schlägt demgegenüber vor, die Bundesstaaten im weitesten Sinne des Wortes in zwei Kategorien zu trennen, die sogenannten »contractual« und »administrative« Föderationen; die ersteren beruhen auf einem vertraglichen Zusammenschluß der Gliedstaaten (wie z. B. USA, Schweiz, Australien und Kanada), die letzteren beruhen auf einem aus Gründen zweckmäßi-

ger Verwaltungsdezentralisierung getroffenen Gründungsakt der Zentralgewalt (z. B. UdSSR). Entscheidend für die Klassifizierung seien nicht nur der Wortlaut der Verfassung, sondern vor allem auch die Verfassungswirksamkeit, d. h. die Anwendung der Verfassung und die in ihr wirksamen politischen Kräfte. Obwohl in der Indischen Union die Zentralgewalt nach der Verfassung unter gewissen Voraussetzungen die Rechte der Gliedstaaten einschränken und diese sogar beseitigen könne, verfügten die Gliedstaaten doch über eine gewisse innere Souveränität, die die indische Verfassung als typisch bundesstaatlich in dem vom Verf. vertretenen weiteren Sinne qualifiziere.

Miele, G.; G. Cotzi; D. Falconi: Italian Administrative Law (S. 421–453). Grundzüge des italienischen Verwaltungsrechts.

Man n, Michael: Foreign Revenue Laws and the English Conflict of Laws (S. 465–478). Untersucht inwieweit die britischen Gerichte die Durchsetzung und Anerkennung ausländischer Steuer- und Abgabengesetze ablehnen.

Colocassides, C. S.: The Exclusion of Foreign Law (S. 479–484). Verf. setzt sich für eine weitgehende Beseitigung und Beschränkung der Anwendung der Vorbehaltsklausel (*ordre public*) ein.

Green, L. C.: The International Legal Conference – New Delhi (December 28, 1953–January 2, 1954) (S. 484–489). Bericht über die von der indischen Landesgruppe der International Law Association veranstalteten Regionaltagung. Je

International Conciliation. 1953

Rees, Elfan: The Refugee and the United Nations (N. 492, S. 269–313). Unter »Flüchtlingen« versteht Verf. Personen, die ihren früheren Wohnsitzstaat aus zwingenden politischen Gründen verlassen und in einem fremden Staat Zuflucht gesucht haben; keine Flüchtlinge seien demnach die deutschen Ostvertriebenen, da sie in ihrem eigenen Land untergekommen seien. Berichtet über Maßnahmen der UN und anderer Organe zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Erörtert zukünftige Hilfsaktionen. Mr

Internationale Spectator. Jg. 8, 1954

—: *De kwestie-Cyprus (N. 1, S. 46–58).* Über Cypern (Geschichte, britische Herrschaft, jüngste Entwicklung).

M. M.: De instituten voor internationale zaken (N. 3, S. 126–136). Übersicht über mit internationalen Fragen befaßte Institute.

—: *Overzicht van de samenwerking tussen de Arabische staten en van hun geschillen met andere landen sedert September 1953 (S. 149–165).*

Mackay, M. C. J.: Politieke en regionale organisatie in het Caraïbische gebied (S. 259–275).

—: *Overzicht van de voornaamste gebeurtenissen en ontwikkelingen in de satellietstaten sedert begin 1954 (N. 14, S. 303–335).* Übersicht über die Entwicklung in den russischen Satellitenstaaten (Ostdeutschland eingeschlossen) von Anfang bis Mitte 1954. Zn

Internationales Jahrbuch der Politik. 1954

Ridder, Helmut: Zur Problematik der Europäischen Politischen Gemeinschaft (S. 52–75).

Georges-Picot, Georges: La Défense de l'Europe (S. 75–91).

Marqués de Valdeiglesias, José I. E.: Spanien und die Europäische Politische Gemeinschaft (S. 91–100).

Borchardt, Robert: Zur Geschichte des Kommunismus in China (S. 100–122).

Rn

The Japan Science Review. Law and Politics. No. 1, 1950

Retrospect and Prospect of the Legal and Political Sciences in Japan (S. 1–111).

Enthält 25 Kurzberichte über die verschiedenen Zweige der in Japan gepflegten politischen Wissenschaften, darunter:

Mitsuo Maehara: International Law in Japan (S. 29–33). Überblick über die Entwicklung der Völkerrechtswissenschaft in Japan seit ihrem Ursprung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

— **No. 2, 1951**

List of Books and Articles on Law and Politics (1946–1950) (S. 1–70; No. 3, 1952, S. 1–92).

— **No. 4, 1953**

Reports of Scholastic Achievements on Law and Politics in Japan (S. 1–161).

Yūichi Takano: International Law – Development of the Study in Japan (S. 1–16). In Ergänzung der Abhandlung von Yokota: "Research on International Law in Our Country (General Outline of Works of the Faculties of Economics and Law, Tokyo Imperial University, 1942)" wird die Entwicklung der Völkerrechtswissenschaft in Japan seit der früheren Meiji-Periode (1868–1895) dargestellt, unter Aufzählung der wichtigsten japanischen Veröffentlichungen bis 1952. Rn

Journal of Central European Affairs. Vol. 13, 1953/54

Feierabend, Ladislav: The Gottwald Era in Czechoslovakia (S. 264–256).

Szaz, Zoltan: The Transylvanian Question: Romania and the Belligerents, July–October 1914 (S. 338–351).

— **Vol. 14, 1954/55**

Boeninger, Hildegard: Hitler and the German Generals, 1934–1938 (S. 19–37).

Skendi, Stavro: The Northern Epirus Question Reconsidered (S. 143–153). Mr

Journal du Droit International. Année 80, 1953

Reuter, Paul: Le Droit de la Communauté européenne du Charbon et de l'Acier (S. 4–23). Verf. prüft, aus welchen Quellen das für die EGKSt geltende Recht fließt und wie die Rechtssätze und die Rechtssetzungsakte zu klassifizieren seien. Er zeigt, wie sich die Quellen seit dem Tätigwerden der Organe der Gemeinschaft vervielfacht haben, insgesamt aber eine organische Einheit, wenn auch von größter Komplexität, darstellen.

Auby, J. M.: Les problèmes de la mer territoriale devant la Cour Internationale de Justice (l'affaire anglo-norvégienne des pêcheries, arrêt du 18 décembre 1951) (S. 24–55).

Dalimier, Gilles: L'assujettissement des étrangers à l'impôt français de solidarité nationale (S. 56–95).

Huet, Pierre: La Commission de Recours de l'Organisation Européenne de Coopération Economique (S. 256–285). Die Rekurs-Kommission der OEEC unterscheidet sich nicht von anderen Verwaltungsgerichten internationaler Organisationen, was eine Vereinheitlichung dieser Gerichte nahe lege.

Bos, Maarten: Le premier procès de la République des Moluques du Sud contre la S. A. «Koninklijke Paketvaart Maatschappij» (S. 286–309). Bei den 1950 angefahrenen Versuchen der Republik Indonesien, das Gebiet der im April 1950 ausgerufenen Republik der Südlichen Molukken unter ihre Botmäßigkeit zu bekommen, bediente sich die indonesische Regierung für Truppentransporte der Schiffe der Niederländischen Schiffahrtsgesellschaft, gegen die dann die Republik der Südlichen Molukken Schadensersatzansprüche geltend machte, ohne aber damit vor den niederländischen Gerichten durchzudringen. Bei einer völkerrechtlichen Anspruchsverfolgung, die zu erwarten sei, werde es besonders darauf ankommen, ob die Republik der Südlichen Molukken rechtlich existiere.

Soto, J. de: L'arrêt de la Cour Internationale de Justice du 27 août 1952 (S. 516–583). Verf. behandelt die Entscheidung im Marokko-Streit zwischen Frankreich und den USA.

De laume, G. R.: De l'application et de l'interprétation des Traités par les Tribunaux internes dans les relations franco-américaines (S. 584–635). Verf. vergleicht die französische und amerikanische Gerichtspraxis bei der Auslegung der zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Verträge.

— Année 81, 1954

Rosenne, Shabtai: La loi israélienne sur la nationalité 5712–1952 et la loi du Retour 5710–1950 (S. 4–63). Verf. behandelt das israelische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 1. 4. 1952 und das Gesetz vom 5. 7. 1950 über das Rückkehrrecht jedes Juden nach Israel.

Kopelmanas, Lazare: La notion de la liberté économique devant la Justice internationale (S. 64–107). Der IGH habe es im Marokko-Streit zwischen Frankreich und den USA vermieden, auf die dem Streitfall zugrunde liegenden wirtschaftlichen Fragen einzugehen oder wirtschaftliche Begriffe, wie sie in älteren Verträgen gebraucht wurden, auszulegen. Nach seiner Meinung war der Gerichtshof auch auf Grund seiner Zusammensetzung dazu nicht in der Lage. Da aber die Staaten eine Instanz zur Entscheidung ihrer wirtschaftlichen Streitfälle brauchen, befürwortet er die Aufstellung einer Liste geeigneter Richter, aus deren Kreis sich die Parteien die Spezialisten für den besonderen Fall auswählen können. Die Schaffung von Sondergerichten ähnlich dem der Montanunion hält er nicht für zweckmäßig. Bh

The Journal of Politics. Vol. 15, 1953

Harris, Robert J.: States' Rights and Vested Interests (S. 457–471). Verf. betrachtet die *states' rights*-Doktrin in ihrer geschichtlichen Entwicklung und jetzigen Bedeutung. Unter Heranziehung der Praxis des Finanzverkehrs zwischen den Einzelstaaten und dem Bund in den USA kommt er zu dem Ergebnis, daß es sich hier um überholte Begriffe handle.

— Vol. 16, 1954

Latham, Earl: The Supreme Court and the Supreme People (S. 207–235). Verf. untersucht die Praxis des Gerichts in den letzten hundert Jahren hinsichtlich seiner Einstellung zu den durch seine Entscheidungen kontrollierten demokratischen Einrichtungen. Er geht dabei auf das Spannungsverhältnis zwischen der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und dem herrschenden Volkswillen ein. In den letzten Jahren habe das Gericht sich diesem in der Regel nicht widersetzt, und es sei zweifelhaft, ob es jemals wieder in die Lage käme, als wahre dritte Gewalt zu fungieren.

Schubert Jr., Glendon Austin: Politics and the Constitution: The Bricker Amendment During 1953 (S. 257–298). Verfahrensmäßige Behandlung der Vorlage bei den gesetzgebenden Körperschaften.

Chase, John L.: The Development of the Morgenthau Plan Through the Quebec Conference (S. 324–359). Bericht über die Strömungen bei der amerikanischen Regierung und die Einstellung der Sachbearbeiter zu der Frage der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege. Ut

Journal of Public Law. Vol. 2, 1953

Aycock, William B.: The Court of Military Appeals. The Second Year (S. 254–302). Digest der Entscheidungen des mit zivilen Richtern besetzten Berufungsgerichtes, das für die Rechtsprechung der Militärgerichte im Hinblick auf den *Uniform Code of Military Justice (64 Stat. 108 [1950])* und das *Manual for Courts-Martial, United States (1951)* erhebliche Bedeutung erlangt hat.

Ogburn, Charlton: The Constitutional Principles of John C. Calhoun (S. 303–313).

Jacobini, H. B.: International Aviation Law: A Theoretical and Historical Survey (S. 314–332). Behandelt den Theorienstreit um den Luftraum und die seit dem 1. Weltkrieg geschlossenen staatlichen und privaten Abkommen.

Grundstein, Nathan D.: Bentham's Introduction to the Principles of Morals and Legislation (S. 344–369).

Dumbauld, Edward: Thomas Jefferson and American Constitutional Law (S. 370–389).

Denny Jr., Richard A.: Local Order v. Free Speech – Still Unresolved (S. 451–459). Bespricht höchstrichterliche Entscheidungen in den USA über Grenzen zwischen Redefreiheit und staatsstörendem Verhalten.

Carter, Edward E.: "War" within the Meaning of the Uniform Code of Military Justice (S. 459–463). Ut

Journal des Télécommunications. Vol. 21, 1954

Faulkner, H.: VIIth Plenary Assembly of the CCIR (S. 2e–14e). Bericht über die Tagung in London vom 3. 9.–7. 10. 1953.

Besseyre, J.: La VII^e Assemblée plénière du Comité consultatif international télégraphique (S. 26f–32f). Bericht über die Tagung in Arnheim vom 5.–13. 6. 1953.

Lewis, L. V.: Discussions at the Fifth Session of the Communications Division of the International Civil Aviation Organization (ICAO) on Traffic to be routed over the Telecommunication Network of the Aeronautical Service (S. 68e–78e). Sr

Journal des Tribunaux. Année 69, 1954

M a s t, André J.: *Premier acte de la revision constitutionnelle* (S. 273–277). Verf. behandelt das Verfahren zur Änderung der Art. 25 und 68 der belgischen Verfassung, um Belgien den Beitritt zu supranationalen Organisationen zu ermöglichen.

T u n c, André: *Le contrôle de la constitutionnalité des lois aux Etats-Unis* (S. 325–329).

C a m b i e r, Cyr: *L'illégalité pour cause d'incompétence* (S. 345–350, 361–366).

V a n p a r r y s, Hubert: *Les pratiques de dumping et le commerce international* (S. 381–383).

B o u r g a u x, Wivine: *Le traité belgo-américain sur la double imposition (Impôts sur les revenus)* (S. 473–479). Bh

The Juridical Review. Vol. 65, 1953

W a l k e r, David: *The legal theory of the State* (S. 255–261). Verf. hält die hergebrachte britische Auffassung, die dem Staate keine eigene Rechtspersönlichkeit zuerkennt, diesen vielmehr allein in der Person des Königs verkörpert sieht, so daß alle Handlungen des Staates solche des Königs sind, für heute nicht mehr gerechtfertigt; spätestens seit dem Crown Proceedings Act von 1947 müsse dem Staat eine von dem Monarchen unterschiedene Rechtspersönlichkeit zuerkannt werden.

— Vol. 66, 1954

M i d d l e t o n, K. W. B.: *New Thoughts on the Union between England and Scotland* (S. 37–60). Zn

Juristenzeitung. Jg. 9, 1954

D ü r i g, Günter: *Zurück zum klassischen Enteignungsbegriff!* (S. 4–12).

M a i e r, Hedwig: *Gerichtbarkeit über Angehörige der Alliierten Streitkräfte in der US-Zone. (Neuregelung durch US-HKG Nr. 38 und 39)* (S. 72–73; 185–186).

W o l f f, Ernst: *Das Londoner Schuldenabkommen* (S. 105–109).

S c h n e i d e r, Hans: *Die Bundesrepublik im Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften* (S. 134–135).

W e n g l e r, Wilhelm: *Das Schicksal der öffentlichrechtlichen juristischen Personen des Reichsrechts mit Sitz in nicht mehr zu Deutschland gehörigen Gebieten* (S. 217–221). Behandelt Fragen der Rechtsnachfolge in Vermögen und Verbindlichkeiten bei Gebietsveränderungen, Hoheitswechsel, Bevölkerungsverschiebungen und Staatenteilung.

M a k a r o v, A. N.: *Die deutsche Staatsangehörigkeit der Österreicher nach 1945* (S. 280–282). Kritische Würdigung der bisherigen deutschen Rechtsprechung.

M a t t h i e s, Heinrich: *Das Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die nationalen Gerichte der Mitgliedstaaten* (S. 305–309). Die besondere Natur des Rechtes der Montanunion als selbständiges übernationales Recht mache eine sorgfältige Untersuchung seines Anwendungsbereichs notwendig. Verf. erläutert, inwieweit das nationale Recht verdrängt werde und inwieweit zwischen beiden Rechtsordnungen Konkurrenz bestehe, grenzt die Zuständigkeit des Montanunion-Gerichtshofs gegenüber den nationalen Gerichten ab und erörtert die Wirkung der Vorentscheidungen nach Art. 41 des Montanunion-Vertrages.

Apelt, Willibald: Verfassung und richterliches Prüfungsrecht (S. 401–405). An Hand der neueren Rechtsprechung behandelt Verf. die Frage der »verfassungswidrigen Verfassungsnorm«.

Mai er, Hedwig: Haftung der Bundesrepublik für Eingriffe fremder Mächte in Privateigentum? (S. 405–410). Enteignung durch die Besatzungsmächte löse dann die Entschädigungspflicht der Bundesrepublik aus, wenn sie in deutschem Interesse erfolgt sei.

Bach of, Otto: Der maßgebende Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten (S. 416–424).

Juristische Blätter. Jg. 76, 1954

Werner, Leopold: Vom Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Erklärung (S. 5–9).

Marcic, René: Die neue jugoslawische Verfassungsordnung (S. 37–41).

Engel, Eugene W.: Die Welturheberrechtskonvention (S. 64–67).

Verosta, Stephan: Rechtsprobleme der internationalen Stellung Österreichs (S. 145–149). Vortrag vor der Wiener Juristischen Gesellschaft am 10. 2. 1954.

Slapnicka, Helmut: Neuerungen im Verwaltungsaufbau und in der Behördenorganisation der Tschechoslowakei (S. 218–220).

Schätzel, Walter: Deutsche und österreichische Staatsangehörigkeitsfragen (S. 221–224). Vortrag vor der Wiener Juristischen Gesellschaft am 3. 3. 1954.

Couture, Eduardo J.: Der verfassungsmäßige Schutz des Prozesses. Neue Beiträge zur Bestimmung des Begriffes des "due process of law" (S. 237–241; 270–275). Weist besonders auf die Unterschiede zwischen anglo-amerikanischem und kontinentalem Recht hin.

Ermacora, Felix: Über die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung der »Zuständigkeit der Gerichte« (Art. 83 Abs. 2 B.-VG.) (S. 244–248).

Willomitzer, Max: Bestehen nach österreichischem Recht noch Reichsbeamtenverhältnisse? Ein Beitrag zum Problem des »nicht in Verwendung genommenen, öffentlichen Bediensteten des Dienststandes« (S. 325–329). Dg

Juristische Rundschau. Jg. 1954

Pebe, Otto: Haben deutsche Juden durch ihre Auswanderung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren? (S. 99–100). Verf. bejaht die Frage unter Hinweis auf Art. 116 GG, wonach die Staatsangehörigkeit wieder zu erteilen ist.

Flor, Georg: Fragen des Ausnahme- und Staatsnotrechts (S. 125–128). Die Regelung des Grundgesetzes sei gemessen an den möglicherweise eintretenden Notwendigkeiten völlig unzureichend. Verf. bejaht die Rechtmäßigkeit einer Überschreitung des positiven Notrechts durch die Regierung im gegebenen Fall. Die Frage der Rechtmäßigkeit überpositiven Rechts könne nicht am positiven Recht gemessen werden.

Reuß, Hermann: Das Soldaten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (S. 166–168). Behandelt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Status der ehemaligen Berufssoldaten. Dg

Jus. Rivista di Science Giuridiche. Anno 5, 1954

Franci, Giuseppe: La riforma della pubblica amministrazione in Italia (S. 279–295). Rn

Jus Gentium (Diritto Internazionale). Vol. 5, 1953

Lenz, Raoul: Les impôts à la source et les conventions internationales de double imposition (S. 60–78). Rn

Law and Contemporary Problems. Vol. 19, 1954

Schulman, John: International Copyright in the United States: A Critical Analysis (S. 141–155). Vergleicht die am 6. 9. 1952 in Genf paraphierte Konvention mit dem in den USA geltenden Recht. Ut

The Law Quarterly Review. Vol. 70, 1954

Man, F. A.: International Delinquencies Before Municipal Courts (S. 181–202). Behandelt die Frage, inwieweit die inländischen Gerichte berechtigt und verpflichtet seien, ein ausländisches Gesetz, das sie nach international-privatrechtlichen Grundsätzen anzuwenden hätten, dann nicht anzuwenden, wenn es völkerrechtswidrig ist. Je

Michigan Law Review. Vol. 52, 1953/54

Behr, Gerhard: Labor and the Schuman Plan (S. 1007–1022). Die Montanunion eröfne neben den wirtschaftlichen auch neue soziale Probleme, so die Frage des supranationalen Schutzes der Arbeitnehmer gegen die Unternehmer und gegen die Arbeitslosigkeit sowie die supranationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Mr

The Middle East Journal. Vol. 8, 1954

Spain, James W.: Pakistan's North West Frontier (S. 27–40). Schildert die Verwaltungsverhältnisse der Nordwestgrenzprovinz und des unter direkter Kontrolle der Zentralverwaltung stehenden Stammesgrenzbezirks, für welch letzteren besondere unter den Briten entwickelte Verwaltungsmethoden gelten. Stellt trotz entgegenwirkender Versuche Afghanistans einen fortschreitenden Integrationsprozeß mit Pakistan fest.

Lewis, William H.; Robert Gordon: Libya after two Years of Independence (S. 41–53).

Peretz, Don: The Arab Minority of Israel (S. 139–154).

Fyzee, Asaf A. A.: Islamic Law and Theology in India: Proposals for a Fresh Approach (S. 163–183). Ws

The Modern Law Review. Vol. 17, 1954

Hartman, Paul: Freedom of Religion and Speech and the United States Supreme Court (S. 220–228). Behandelt die neueste Rechtsprechung des amerikanischen Supreme Court zum 1. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung (*Freedom of religion, speech and assembly etc.*).

Sheridan, L. A.: Taking Property without Compensation (S. 249–255). Berichtet über die Entscheidung des nordirischen Court of Appeal in *Ulster Transport Authority v. James Brown & Sons, Ltd.* [1953] N.I. 79, worin eine nordirische Gesetzesbestimmung wegen Verstoßes gegen sec. 5 des Government of Ireland Act,

1920 (Verbot von Enteignungsgesetzen ohne Entschädigung) für nichtig (*ultra vires*) erklärt worden ist.

Lloyd, Dennis: Damages for Wrongful Expulsion from a Trade Union (S. 360–365). Kommentar zum Fall *Bonsor v. Musicians' Union* [1954] W.L.R. 687 (C.A.).
Je

Monatsschrift für Deutsches Recht. Jg. 8, 1954

Oswald: Der Bundesgerichtshof über die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen sowie über den Begriff des deutschen Eigentums (S. 405–406). Behandelt das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 29. 1. 1953, das bei Anwendung des AHK-Gesetzes Nr. 63 die deutsche Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen bejaht.

Czapski, Georg: Zur Rechtswirksamkeit der in den Niederlanden während der Besetzung durch deutsche Staatsangehörige geschlossenen Verträge (S. 462–464). Dg

Nederlands Juristenblad. 1954

Telders, C. H.: De Europese Defensie Gemeenschap in de Eerste Kamer (S. 49–56).

Rode-Verschoor, I. H. Ph. de: Reserves bij luchtrechtverdragen (S. 166–168).

Polak, M. V.: De grondwettelijke waarborgen der getuigen voor de Amerikaanse Parlementaire Enquêtecommissies (S. 284–289). Über den verfassungsrechtlichen Schutz der Zeugen vor parlamentarischen Untersuchungskommissionen in den USA.

Essen, J. L. F. van: Welke vorm voor de Europese samenwerking? (S. 357–359). Verf. befürwortet eine europäische Zusammenarbeit nach dem Vorbild der Internationalen Arbeitsorganisation, d. h. eine permanente Organisation mit legislativer Initiative und einem internationalen Sekretariat, das die europäische Gesetzgebung vorbereitet und andere gemeinschaftliche Aufgaben übernimmt.

Kollewijn, R. D.: Nationalisatie door vreemde staten (S. 449–454).

Sauveplanne, J. G.: Het begrip supranationaal in het positieve recht (S. 529–537).
Zn

Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht. Jg. 1953/54

Fortuin, H.: Grotius en de neutraliteit (S. 121–139). Die Problematik der von Grotius in Betracht gezogenen Grenzfälle zwischen *bellum iustum* und *iniustum* mit ihrem Dilemma für die Stellung dritter Staaten finde ihre Lösung nur im Rahmen einer Weltorganisation, deren Heranwachsen das Durchdringen der Gedanken Grotius' über die Neutralität begünstige.

Sauveplanne, J. G.: L'autorité centrale en droit rhénan (S. 140–155). Verf. vergleicht die Montanunion mit der durch die «Convention sur l'octroi rhénan» vom 15. 8. 1804 geschaffenen Generaldirektion für Rheinschiffahrtszölle.

Nadelmann, Kurt H.: The United States of America and agreements on reciprocal enforcement of foreign judgments (S. 156–172).

Essen, J. L. F. van: Internationale Hof van Justitie. De procedure in de zaken «Droit d'Asile» en «Haya de la Torre» (S. 173–201).

Verzijl, J. H. W.: Territorial Controversies before the International Court of

Justice (S. 234–268; wird fortgesetzt). Verf. behandelt die drei Fälle: Status von Südwest-Afrika, britisch-norwegischen Fischereistreit sowie Minquiers und Ecrehos.
Fraser, H. O.: De Franse Grontwet van 27 October 1946 en de plaats van het verdrag in de Franse jurisprudentie (S. 298–316). Rn

Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 7, 1954

Schäfer, H.: Zwischenbilanz der konkreten Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG (S. 1–5).

Däubler, H.: Die Funktionsnachfolge – ein neuer Rechtsbegriff (S. 5–9). Befaßt sich mit dessen Bedeutung und Entstehung aus der besonderen staats- und völkerrechtlichen Lage Deutschlands nach 1945. Funktionsnachfolge sei enger als Rechtsnachfolge und beziehe sich im wesentlichen auf Verbindlichkeiten.

Erlner, Georg: Vertragsauflösung, Bezahlung und Anzahlungsrückgewähr bei Vorkriegs-Lieferungsverträgen nach dem Londoner Auslandsschuldenabkommen (S. 9–13).

Schönherr, Fritz: Das »deutsche Eigentum« in der österreichischen Rechtsprechung (S. 13–14). Erläutert die Bedeutung und die Auswirkungen des in Österreich von den Besatzungsmächten geschlossenen Kontrollabkommens vom 28. 6. 1946.

Kötter, H.-W.: Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer im herrschenden Unternehmen eines Montankonzerns (S. 209–213).

Mattern, K. H.: Rechtsgrundlagen und Praxis der Montanversammlung (S. 218–219).

Schmidt, Karl: Die Weitergeltung vorkonstitutioneller Rechtsetzungsermächtigungen. Zu einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (S. 249–252).

Steindorff, Ernst: Die Anerkennung amerikanischer Kartellentscheidungen (S. 374–376).

Luther, Hans: Zu den gegenwärtigen Kriegsverbrecherprozessen in Frankreich (S. 376–377). Gerade das Verhalten der deutschen Besatzungspolizei gegenüber den französischen Partisanen, das die Grundlage für das Festhalten zahlreicher Deutscher in Frankreich bilde, könne am allgemeinen Völkerrecht gemessen nicht als unkorrekt bezeichnet werden. Die Rechtsgrundlage der Prozesse sei mehr als zweifelhaft.

Czapski, Georg: Die Behandlung des deutschen Vermögens in der niederländischen Enteignungsgesetzgebung und Rechtsprechung (S. 380–381).

Schäfer, Hans: Verfahrensfragen der konkreten Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG (S. 409–413).

Arndt, Karl: Die Neuregelung der Besatzungsgerichtsbarkeit in der amerikanischen Zone (S. 460–461).

Schack, F.: Generelle Eigentumsentziehungen als Enteignungen (S. 577–580).

Jeschek, Hans-Heinrich: Die europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (S. 783–786).

Coinig, Helmut: Zur Abwicklung der Reichsschulden (S. 817–821).

Domke, Martin: Deutsche Rechtsfragen vor amerikanischen Gerichten 1954 (S. 827–828).

Heegner: Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshof zum Gesetz 131 (S. 897–903). Mißbilligt die Verwendung des Begriffs »Funktionsnachfolge« durch den Bundesgerichtshof und stimmt dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 17. 12. 1953 auch darin zu, daß unter dem NS-Staat alle beamtenrechtlichen Garantien und mit dessen Zusammenbruch die Beamtenverhältnisse selbst erloschen seien.

Schneider, Hans: Fünf Jahre Grundgesetz (S. 937–941).

Jerusalem, Franz W.: Das methodische Prinzip der 131er-Urteile des Bundesverfassungsgerichts (S. 980–984). Verwirft die These, mit dem Zusammenbruch des Jahres 1945 seien die Beamtenverhältnisse erloschen.

Geiger, W.: Die Grenzen der Bindung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen (§ 31 Abs. 1 BVerfGG) (S. 1057–1061).

Göhring, Hans-Joachim: Rechtsprobleme in den Verfahren der »Breda-Flüchtlinge« (S. 1061–1063). Behandelt die deutschen Gerichtsverfahren bezüglich der 1952 aus der holländischen Strafanstalt Breda ausgebrochenen Flüchtlinge und die hiermit zusammenhängenden Fragen des Auslieferungs-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts.

Hamburger, Adolf: Zur Frage des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Vermögens (S. 1231).

Tietz, Edwin: Sind am 8. Mai 1945 alle Beamtenverhältnisse erloschen? (S. 1269–1273). Kritik des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 17. 12. 1953.

Lucas: Zu den Fragen der Geltung der Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) für Beamte und der Grenzen der Bindungswirkung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (S. 1273–1274). Dg

Neue Justiz. Jg. 8, 1954

Meister, Roland; Herbert Standke; Heinz Tillmann; Harry Wünsche: Zum Stand der Diskussion über den gegenwärtigen völkerrechtlichen Status Deutschlands (S. 47–49).

Steiniger, Peter A.: Kollektive Sicherheit für Gesamt-Europa – die Alternative zum EVG-Block der USA-Imperialisten (S. 191–194). Erläutert den Vorschlag Molotows auf der Berliner Konferenz im Januar 1954.

Brandweiner, Heinrich: Sind die Vereinten Nationen den Kriegsgesetzen unterworfen? (S. 225–227). Verf. kritisiert ein amerikanisches Gutachten (Proceedings of the American Society of International Law 1952, p. 216–220), wonach bei einem bewaffneten Unternehmen der UN die »Kriegsgesetze« im Sinne des Art. 1 Abs. 1 Ziff. 4 LKO deshalb nicht ausnahmslos anwendbar seien, weil eine solche Aktion sich von dem »Krieg« eines Staates weitgehend unterscheidet. Verf. wendet dagegen ein, daß die Unterscheidung des *jus ad bellum* und des *jus in bello* auch oder gerade in diesem Zusammenhang zur Verhinderung von Grausamkeiten ihre Bedeutung behalte.

Polak, Karl: Die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und die deutsche Staatsfrage (S. 317–321). Die Erklärung der DDR zum souveränen

Staat habe die Richtigkeit des Prinzips des Potsdamer Abkommens bewiesen. Die Entwicklung in Westdeutschland habe wegen der Nichtachtung dieses Prinzips auch eine ganz andere Entwicklung genommen. Montanunion und EVG seien das gerade Gegenteil einer Förderung deutscher Souveränität. »Supranationalität« und »Integration« seien im Ernst nicht mit dem Ziele einer eigenständigen deutschen Staatsgewalt zu vereinbaren. Verf. unterzieht besonders die Zusatzverträge zum Deutschlandvertrag einer ablehnenden Kritik.

Jewgeniew, W. W.: Achtung der staatlichen Souveränität ist die Grundlage der internationalen Sicherheit (S. 389–391).

Kröger, Herbert: Prozeß gegen den Frieden, die nationale Selbstbestimmung und das Recht (S. 429–433). Kritik an den Hochverratsverfahren gegen Kommunisten vor dem Bundesgerichtshof. Dg

New Zealand Law Journal. Vol. 30, 1954

—: *„The Queen of this Realm“: Some Constitutional Aspects of the Royal Visit (S. 17–20).* Befaßt sich u. a. mit der Frage, ob die englische Königin (wie jeder britische Souverän) die nach neuseeländischem Recht dem Generalgouverneur delegierten Vollmachten *sua voluntate* auch in eigener Person ausüben darf, und stellt dazu fest, daß das neuseeländische Recht ausdrücklich die hierzu erforderliche zustimmende Feststellung getroffen habe. Ws

Nordisk Administrativt Tidsskrift. Årg. 35, 1954/55

Lange, Halvard: Administrative problemer i norsk utenriksstjeneste (S. 1–21). Behandelt die Entwicklung des norwegischen auswärtigen Dienstes seit der Trennung von Schweden 1905.

Hedtoft, Hans: Nordisk Råd (S. 265–280). Entstehungsgeschichte, Gestaltung und Arbeitsweise des Nordischen Rates (vgl. diese Zeitschrift Bd. 15, S. 128 ff.).

Christensen, Bent: Forvaltningskommissionen og forvaltningsnaevnet. Mål og midler (S. 339–360). Behandelt Ziele und Mittel der seit 1948 vorbereiteten dänischen Verwaltungsreform. Rn

Nordisk Tidsskrift for international Ret og Jus Gentium. Acta Scandinavica juris gentium. Vol. 23, 1953

Brüel, Erik: Atlantpagtens juridiske Betydning (S. 69–81). Dänische Fassung des deutsch im Archiv des Völkerrechts (vgl. oben S. 138) veröffentlichten Vortrags vom 12. 2. 1953.

Boeg, N. V.: Le différend dano-belge au sujet des navires danois „Gorm“ et „Svava“ (S. 82–88; Acta Scand. S. 48–54).

Ramel, Eric: Rättsfall i internationell rätt, avdömda av Högsta Domstolen i Sverige under åren 1948–1953 (S. 89–119). Behandelt S. 117 ff. auch eine Entscheidung in Fragen der gerichtlichen Immunität fremder Staaten und der Nationalisierung. Rn

Occidente. Rivista Anglo-Italiana di Studi Politici. Anno 10, 1954

Modie, Greeme: Political Parties in America (S. 106–136).

Butler, D. E.: Some notes on the nature of British Political Parties (S. 137–157).

Williams, Philip: The French Party System (S. 158–183).

Pischel, Giuliano: I partiti politici italiani, oggi (S. 184–212).

Rn

Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 7, 1954

Schmid, Karl: Vier Jahre Erfahrungen mit dem Grundgesetz (S. 1–3). Das GG habe sich im wesentlichen bewährt. Es habe immer im Schatten des Besatzungsrechts gestanden. Das GG sei davon ausgegangen, daß die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich nicht identisch sei. Dennoch sei die Bundesrepublik legitimiert, gesamtdeutsche Interessen geltend zu machen. In der Nichterwähnung des Saargebiets im GG einen Verzicht zu sehen, wäre vermessener Unsinn: Das Mandat des Parlamentarischen Rats sei territorial genau umgrenzt und weder er noch einer der das GG ratifizierenden Landtage staats- oder völkerrechtlich zu einem Verzicht auf deutsches Staatsgebiet legitimiert gewesen. »Das könnte nur durch eine Regierung geschehen, die – nicht nur moralisch und politisch, sondern auch staats- und völkerrechtlich – berechtigt ist, für das gesamtdeutsche Staatsgebiet, also für das Gebiet innerhalb der Grenzen des Geltungsbereichs der Weimarer Verfassung, mit rechtlicher Wirkung Verpflichtungen zu übernehmen. Das würde aber das Vorliegen verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Tatbestände (gesamtdeutsche Regierung, völkerrechtliche Anerkennung durch dritte Staaten usw.) voraussetzen, die heute noch nicht vorliegen«.

Bachof, Otto: Das Bundesverfassungsgericht und die Beamtenverhältnisse (S. 33–38). Stellungnahme zum Urteil vom 17. 12. 1953.

Schreiber, Jürgen: Wehrdienstverweigerung und Grundgesetz (S. 38–40). Verf. bemüht sich um eine möglichst einschränkende Auslegung des Art. 4 Abs. 3 GG.

Kratzer, Jakob; Xaver Schoen: Sind Normenkontrollbeschlüsse revisionsfähig? (S. 44–47). Untersuchungen über die Tragweite der diesbezüglichen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte besonders im Hinblick auf Bundesrecht.

Katz, Rudolf: Bundesverfassungsgericht und U.S.A. Supreme Court (S. 97–102). Die Funktion beider Gerichte sei im Kern die gleiche. Darüber dürfe nicht die Tatsache täuschen, daß beim Supreme Court, anders als beim Bundesverfassungsgericht, verfassungsrechtliche Fragen im Gewande zivil- oder strafgerichtlicher Verfahren entschieden werden.

Grünebaum, Gustav: Die neue französische Verwaltungsgerichtsreform (S. 175).

Cantner, Walter: Die englische Gemeinde (S. 175–177).

Bachof, Otto: Beamte und Soldaten. Zum Soldatenurteil des Bundesverfassungsgerichts (S. 225–228). Kritisiert die Urteile vom 17. 12. 1953 und 26. 2. 1954.

Loewenstein, Karl: Kritische Betrachtungen zur Verfassungsänderung vom 27. März 1954 (S. 385–388).

Busse, Max: Die Entschädigung für Besatzungssachschäden aus der Zeit vor der Währungsreform (S. 457–459).

Dg

Österreichische Juristen-Zeitung. Jg. 9, 1954

Schätzel, Walter: Deutsche und österreichische Staatsangehörigkeitsfragen (S. 170–171). Vor der Wiener Juristischen Gesellschaft am 3. 3. 1953 gehaltener Vortrag.

Verosta, Stephan: Gebietshoheit und Gebietserwerb im Völkerrecht (S. 241–245).

Pfersmann, Hans: Kann der Verfassungsgerichtshof auch Rechtsnormen aus der Zeit der Monarchie prüfen? (S. 269–271). Die Frage sei nach dem geltenden österreichischen Recht zu bejahen.

Lager, Anton: Bundesstaat und Finanzverfassung, ihr Einfluß auf das Steuerwesen (S. 308–312). Dg

Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht. Bd. 6, 1953/54

Sauer, E.: Völkerrechtliche Bedeutung der Montan-Union (S. 1–9). Der Zusammenschluß sei ein völkerrechtliches Novum, der Gründungsvertrag ein völkerrechtlicher Staatsvertrag unter »gleichberechtigten« Staaten. Wahrscheinlich bahne sich auch hier ein Wandel des Souveränitätsbegriffs an. Welche der beiden Thesen (Fusion staatlicher Souveränitätsrechte oder delegative Gemeinschaftsgewalt) vorzuziehen sei, könne erst aus späterer Rechtsprechungspraxis des Gerichtshofs geschlossen werden.

Nowakowski, Friedrich: Zum Problemkreis der Geltungsbereiche (S. 10–20). Auseinandersetzung über die von Ermacora und Kelsen verwandten Begriffe der Zentralisation und Dezentralisation (a. a. O., Bd. 5, S. 101 ff.).

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Die österreichische Staatsbürgerschaft von 1938 bis heute (S. 21–39). Befaßt sich allgemein mit der völkerrechtlichen Stellung Österreichs, der Okkupationstheorie, den gesetzgeberischen Maßnahmen im Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts und im besonderen mit Fragen des Fortbestandes der österreichischen Staatsangehörigkeit, der familienrechtlichen Erwerbs- und Verlustgründe, des Verlustes durch Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates, des Verlustes durch Ausbürgerung und des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit am 13. 3. 1938. Verf. nimmt keinen Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit österreichischer Staatsbürger nach dem 27. 4. 1945 an.

Spanner, Hans: Die Prüfung von Gesetzen und Verordnungen durch den Verfassungsgerichtshof in der Zeit von 1950–1952 (S. 152–184).

Kunz, Josef L.: Pluralismus des Naturrechts und Völkerrechts (S. 185–220). Verf. sieht die Ursache der Existenzbedrohung des Völkerrechts einmal in der Relativierung der europäischen Kultur als seiner bisher einheitlichen Naturrechtsgrundlage, zum andern in der neuen Ideologie, alles politisch, nicht rechtlich zu sehen. Das Sowjetrecht als drittes System neben Common Law und Civil Law sei seiner ideologischen Grundlage nach westlich. Folglich bedeute die Ost-West-Spaltung eine Spaltung innerhalb der abendländischen Kultur. Der Gegensatz der Naturrechte mache sogar die Teilnahme der UdSSR an internationaler, nicht-politischer Kooperation fast unmöglich. Zum Sowjet-Naturrecht kämen noch die der infolge des 2. Weltkriegs erwachten farbigen Völkern, besonders Afrikas und des Fernen Ostens, und damit weitere Probleme des Völkerrechts. Verf. setzt sich besonders mit Northrop auseinander, dessen Konzeption eines Universal-Naturrechts er skeptisch beurteilt.

Brunner, Otto: Städtische Selbstregierung und neuzeitlicher Verwaltungsstaat in Österreich (S. 221–249). Dg

Pakistan Horizon. Vol. 6, 1953

Khan, Begum Liaquat Ali: United Nations and the Self-Determination of Peoples (S. 10-17). Kritik der in der Diskussion um die UN-Menschenrechtskonvention zum Selbstbestimmungsrecht vorgebrachten Thesen.

Bunche, Ralph: United Nations and World Tensions (S. 43-50).

Razwy, Akhtar Adil: The Anglo-Iranian Oil Dispute (S. 75-85).

Ahmad, Mushtaq: Admission of New Members to the United Nations (S. 161-171). Ws

Politique Etrangère. Année 18, 1953

Mayer, René: Organisation atlantique et Communauté européenne (S. 457-462).

Buukinh: Union Française et Commonwealth (S. 463-474).

Moderow, W.: Observations sur l'affaire des fonctionnaires américains congédiés par le secrétaire général à la demande du gouvernement des Etats-Unis (S. 501-521).

Verf. untersucht die Rechtsstellung des Sekretariats und der Funktionäre der UN.

— Année 19, 1954

Toscano, Mario: Trieste, écran de la politique yougoslave? (S. 5-10).

Puauux, Gabriel: Essai de psychanalyse des protectorats nord-africains (S. 11-28).

Aron, Raymond: Problèmes actuels de la diplomatie en Extrême-Orient (S. 29-44).

Fisher, Charles-A.: L'Europe et les nationalismes asiatiques. Les Hollandais et l'Indonésie (S. 45-58).

Chanrion, F.: Les aspects internationaux de la canalisation de la Moselle (S. 157-168). Verf. sieht in Art. 2 Abs. 2 des französischen Ratifikationsgesetzes des Vertrages über die EGKSt die für Frankreich verbindliche Grundlage für die Kanalisierung der Mosel. Das Vorhaben, das er zur Sicherung der lothringischen Wirtschaft für notwendig hält, sei ein Testfall für das deutsche Verantwortungsbewußtsein gegenüber Europa.

Clermont-Tonnerre, Thierry de: L'Armée européenne. Une analyse sans passion (S. 169-194).

Mayer, René: Organisation européenne et coexistence pacifique (S. 249-256).

Radovanovic, Ljuba: La politique de traité d'Ankara (S. 257-274).

Balazs, Etienne: Tradition et révolution en Chine (S. 291-308).

Nouira, Hédi: Le Néo-Destour. Ses caractéristiques psychologiques et politiques (S. 317-334).

Vigier, Daniel: La Commission de coopération technique en Afrique au Sud du Sahara (S. 335-349). Verf. behandelt Ziele und Möglichkeiten der am 18. 1. 1954 durch Belgien, die Föderation von Rhodesien und Nyasaland, Frankreich, Portugal, die Südafrikanische Union und das Vereinigte Königreich gegründeten Kommission.

Bh

Population. Année 9, 1954

Revue trimestrielle de l'Institut national d'études démographiques. Directeur: M. Alfred Sauvy.

—: *Le Comité intergouvernemental pour les migrations européennes* (S. 111–120). Verf. behandelt Organisation, Aufgaben und Tätigkeit des zwischen den Regierungen von 24 Staaten (von denen nur die Hälfte europäische sind) gebildeten Ausschusses zur Unterstützung europäischer Emigranten. Er betrachtet ihn als Zeichen der Weiterbildung zwischenstaatlicher Solidarität. Bh

Public Administration. Vol. 13, 1954

Fitzgerald, A. A.: Limits to Administrative Efficiency in a Democracy (S. 7–12). Befaßt sich mit der wirtschaftlichen Betätigung in der Verwaltung und deren Unzulänglichkeiten. Macht Reformvorschläge für den personellen Bereich des Problems.

Keon, S. M.: Parliamentary Control of Departments (S. 13–18).

Tucker, W. H.: Public Control of Statutory Corporations (S. 19–24).

Some Notes on the Administration of New Guinea (Compiled by the Queensland Regional Group, with the aid of Colonel J. K. Murray) (S. 38–43).

Headford, C. G.: The Australian Loan Council – Its Origin, Operation and Significance in the Federal Structure (S. 44–56). Ws

Questions Actuelles du Socialisme. 1954

—: *Les relations internationales de la Yougoslavie dans la période de 1950 à 1953* (N. 22, S. 137–226). Bericht des Bundesexekutivrats an die Bundesversammlung vom 27. 1. 1954.

Rankovitch, Alexandre: La Ligue des Communistes de Yougoslavie. Son rôle et son Organisation (N. 23 S. 1–44). Zn

Rassegna di Diritto Pubblico. Anno 8, 1953

Abbamonte, Giuseppe: Libertà e convivenza (S. 300–440). Verf. untersucht die Konkretisierung des Prinzips der persönlichen Freiheit in der italienischen Verfassung.

— Anno 9, 1954

Galeotti, Serio: Sull'elezione dei giudici della corte costituzionale di competenza del parlamento (S. 56–84). Rn

Rassegna Italiana di Politica e di Cultura. Anno 31, 1954

Britannus: L'Unione Sovietica e le trattative internazionali (S. 223–233; 279–294). Rn

Rechtsgeleerd Magazijn Themis. 1954

Doorne, P. W. van: De schadevergoedingsplicht van den Staat uit onrechtmatige daad (S. 101–123). Über Amtshaftung nach niederländischem Recht.

Rollin Couquerque, L. M.: Rechtsmacht van de supra-nationale strafrechter en het gratierecht (S. 124–146). Über die Strafbefugnis internationaler Strafgerichte und die Ausübung des Gnadenrechts. Zn

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst. Jg. 3, 1954

Koshewnikow, F. I.: Einige Fragen der Theorie und Praxis des internationalen Vertrages (Sp. 333–347).

U s c h a k o w , N. A.: Die verletzten Rechte der Volksrepublik China in der UN müssen wiederhergestellt werden (Sp. 347–355).

M o r o s o w , G. I.: Die Kriegspropaganda – eines der schwersten Verbrechen gegen den Frieden (Sp. 356–362). Dg

Recueil Dalloz de Doctrine, de Jurisprudence et de Législation. 1954

J o s s e , P.-L.: L'expropriation dans le cadre de la «loi foncière» du 6 août 1953 (S. 45–50).

C h a i l l e y , Pierre: La réforme du contentieux administratif: règles de compétence (S. 51–66).

B e n o i s t , Jacques: L'Union franco-sarroise et les conventions du 20 mai 1953 (S. 75–80).

L e v a n t a l , Léo: L'annulation pour excès de pouvoir des circulaires administratives (S. 99–104).

J u g l a r t , Michel de: Le droit aérien actuel est-il un droit autonome? (S. 117–122). Bh

The Review of Politics. Vol. 16, 1954

M o r g e n t h a u , Hans J.: The New United Nations and the Revision of the Charter (S. 3–21). Hält eine Revision der UN-Charta zwar für erstrebenswert im Hinblick auf Art. 109, aber für gegenwärtig undurchführbar. Mr

Revista de Administración Pública. Año 4, 1953

G a r c í a - T r e v i j a n o F o s , J. A.: Aspectos de la Administración Económica (N. 12, S. 11–76). Verf. untersucht die staatliche Wirtschaftsverwaltung und die verschiedenen Formen öffentlich-rechtlicher Wirtschaftsbetriebe, meist auf Grund italienischer und französischer Literatur.

G o n z á l e z P é r e z , Jesús: La pretensión procesal administrativa (S. 77–128). Untersuchung des Klagantrags im Verwaltungsprozeß und seiner prozeßrechtlichen Bedeutung.

S e r r a n o G u i r a d o , Enrique: El nombramiento y la toma de posesión de los funcionarios públicos (S. 161–184). Sr

Revista Española de Derecho Internacional. Vol. 5, 1952

S a l v i o l ì , Gabriel: Sobre la delimitación de la competencia legislativa en el ordenamiento internacional (S. 437–450). Verf. erläutert am Beispiel der Normen des internationalen Privatrechts, daß die Kompetenz der Staaten zur innerstaatlichen Gesetzgebung durch das Völkerrecht eingeschränkt wird.

A z c á r r a g a , José Luis de: Régimen jurídico de los espacios marítimos (S. 451–495). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 607 angezeigten Aufsatzes.

M a r í n L ó p e z , Antonio: El problema de las relaciones entre el Derecho interno y el Derecho Internacional en las Constituciones (S. 529–602). Einer einleitenden Darstellung der monistischen und dualistischen Theorien folgt eine historische Übersicht über die verfassungsrechtliche Regelung des Abschlusses internationaler Verträge, über Kriegserklärung und Friedensschluß, Inkorporation des Völkerrechts in Verfassungen und Einfluß der Völkerbundsakte und der UN-Charta. Die neueste Entwicklung sei durch zunehmende Aufnahme international-rechtlicher Regeln in

die Verfassungen gekennzeichnet, was der Harmonie zwischen Völkerrecht und Landesrecht diene.

Pereña Vicente, Luciano: El concepto del Derecho de gentes en Francisco de Vitoria (S. 603–628). Zn

Revista de la Facultad de Derecho de México. T. 3, 1953

Díaz García, José: La monarquización de las instituciones políticas españolas realizada por los Reyes Católicos: I. La Santa Hermandad. II. La Inquisición (N. 11, S. 105–145). III. El Ejército. IV. Las Cortes (N. 12, S. 19–52). Aufsatzreihe über die staats- und verfassungsrechtlichen Veränderungen im 15. Jahrhundert.

Montiel, Félix: El "self-government" de las profesiones (S. 53–95). Die Entwicklung der modernen technischen Dienste im Rahmen der staatlichen Verwaltung haben zu Zentralisierung und zu besonderen Rechtsformen geführt. Verf. setzt sich für Dezentralisierung ein und schlägt Vereinigungen auf beruflicher Basis vor, die viele dieser Dienste als Selbstverwaltungsorgane betreiben könnten.

— **T. 4, 1954**

Cuevas Cancino, Francisco: Práctica en las relaciones entre la organización de los Estados Americanos y las Naciones Unidas. (N. 13, S. 63–77). Sr

Revista del Instituto de Derecho Internacional. Año 5, 1952

Moreno Quintana, Lucio M.: El Manual de Oxford y la Guerra Marítima (S. 7–18).

Pasini Costadoat, Carlos Alberto: El Espacio Aéreo (dominium coeli) (S. 43–68). Über die Souveränität im Luftraum.

Pasini Costadoat, Carlos Alberto: La Soberana Orden Militar de Malta y el Derecho Internacional (S. 69–81). Über die Rechtsstellung des Malteserordens.

Zn

Revista Peruana de Derecho Internacional. T. 13, 1953

García Bedoya L., Carlos: El Control Internacional de la Energía Atómica (S. 3–56).

Ruskowski, André: El Estado en la Sociedad Internacional (S. 57–80).

Ugarteche, Pedro: La Legislación Diplomática en el Perú 1846–1953 (S. 81–95). Die peruanische Gesetzgebung auf dem Gebiet des diplomatischen Dienstes. Zn

Revue de l'Administration et du Droit Administratif de la Belgique.

T. 96, 1954

Stichelbaudt, L.: Loi du 30 décembre 1953 relative à la déchéance de la nationalité belge. – Commentaire (S. 77–88).

Hoeffler, Jacques: L'annulation pour détournement de pouvoir (S. 101–110).

Verstraete, Maurice: Observations au sujet du caractère révocable ou irrévocable du décret du 24 février 1831 proclamant l'indépendance du peuple belge (S. 125–129). Verf. setzt sich mit den im belgischen Senat vertretenen Meinungen hinsichtlich der Irreversibilität bestimmter Verfassungsnormen auseinander. Er bejaht die Änderungsmöglichkeit und setzt sich für eine Anpassung des Dekrets vom 25. 2. 1831, in dem die Unabhängigkeit des belgischen Volkes proklamiert worden

ist, an den neugefaßten Art. 68 der belgischen Verfassung ein, durch den der Beitritt Belgiens zu supranationalen Organisationen ermöglicht wird. Bh

La Revue Administrative. Année 7, 1954

Liet-Veaux, Georges; Marcel Martin: Grève et service public. Suggestion pour une nouvelle conception de l'Administration française (S. 6-13). Verf. sehen in der Regelung des öffentlichen Dienstes vom Oktober 1946 eine der Ursachen der den Staat zerrüttenden Streiks der öffentlichen Bediensteten. Man habe es versäumt, zu bestimmen, was unter öffentlichem Dienst zu verstehen sei. Verf. fordern die Rückkehr zum Beamtenbegriff im strengen Sinne und leugnen ein Streikrecht der Beamten, da diese Träger von Staatsgewalt seien und der Staat sich nicht selber bestreiken könne.

Méjan, François: Le rôle des Nonces Apostoliques (S. 14-33). Verf. analysiert die auf die Stellung der apostolischen Nuntien bezogenen Bestimmungen des *Codex Iuris Canonici* von 1917, die geschichtliche Entwicklung der Stellung der Nuntien in Frankreich, besonders seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Hl. Stuhl 1920, sowie die Frage der Vereinbarkeit einer Nuntiatur mit der Tatsache der Trennung von Staat und Kirche. Verf. leugnet die Vereinbarkeit, folgert daraus aber nicht die Notwendigkeit der Abberufung der Nuntien, sondern der Änderung des französischen Kultwesens.

Germain, Pierre: Le nouveau statut du personnel communal et l'autonomie municipale (S. 251-256). Bh

Revue Critique de Droit International Privé. Vol. 42, 1953

Chrétien, Maxime: Existe-t-il un droit international fiscal commun? Etude de droit positif d'après la jurisprudence des Cours internationales (S. 677-727; vol. 43, 1954, S. 39-72; wird fortgesetzt).

— Vol. 43, 1954

Blagojevic, Borislav T.: La nationalité d'origine en Yougoslavie (S. 29-37). Bh

Revue de Défense Nationale. Année 10, 1954

Marchat, Henry: La question de Tanger (T. 18, S. 22-36).

Mourin, Maxime: Les tentatives de décrochage de la Hongrie dans la deuxième guerre mondiale (S. 65-77).

Vernant, Jacques: La conférence des Bermudes (S. 88-93).

Fichelle, Alfred: Le problème de Trieste (S. 161-170).

Grandval, Gilbert: Réalités sarroises (S. 263-267).

Saury, Pierre: Les Églises et la Politique allemande (S. 290-297).

Vernant, Jacques: Lever de rideau à Berlin et diplomatie asiatique (S. 336-342).

Georges-Picot: Réflexions sur la C. E. D. et ses solutions de rechange (S. 406-417; 528-537).

Céré, Roger: L'expérience historique et la paix (S. 721-734). Bh

Revue Internationale de Droit Pénal. Année 24, 1953

Meranghini, Umberto; Mario Pittaluga: La protection pénale des con-

ventions internationales humanitaires. Rapports présentés au VI. Congrès International de Droit Pénal (S. 833-873). Dg

Revue de Droit International pour le Moyen-Orient. Année 2, 1952/53

Calogeropoulos Stratis, S.: Jus Ad Bellum. Le droit de recourir à la guerre d'après la doctrine et la pratique (S. 1-35; 125-155; wird fortgesetzt). Historisch aufgebaute Betrachtung.

Razi, G. M.: La compétence de l'Assemblée générale de l'ONU. Essai d'une distinction entre les pouvoirs de recommandation et les pouvoirs de décision de l'Assemblée (S. 36-66).

Malek, Chafic: L'Affaire de l'Anglo-Iranian Oil Company devant la Cour Internationale de Justice (S. 67-88).

Malek, Chafic: La Question Tunisienne devant le Conseil de sécurité (S. 89-98). Erörtert im Zusammenhang mit der Ablehnung des am 2. 4. 1952 von 11 Nationen gestellten Antrags auf Behandlung der Tunis-Frage im Sicherheitsrat dessen Kompetenz, über seine Tagesordnung zu entscheiden.

Malek, Chafic: Les Aspects Juridiques de la réélection ainsi que de la démission du président de la République libanaise, M. B. Khoury (S. 99-104). Untersucht verfassungsrechtlich die Wiederwahl des libanesischen Präsidenten Khoury am 27. 5. 1948 und seine am 18. 9. 1952 erfolgte Demission.

Leriché, Anthony: Aspects formels de la dévolution d'obligations résultant de traités dans le cas d'un nouvel Etat (Cas de quelques Etats du Moyen-Orient) (S. 105-115).

Erism, T. K.: Le « réfugié » de la Palestine (Essai d'une définition) (S. 116-124). Ws

Revue de Droit International de Sciences Diplomatiques et Politiques.

Année 31, 1953

Pella, Vespasien V.: Le Code des crimes contre la paix et la sécurité de l'humanité (S. 125-150; 257-271; 353-362; Année 32, S. 3-11). Verf. unternimmt eine Definition des Begriffs »Internationales Verbrechen«. Die Auffassung, im internationalen Deliktsrecht könne nur ein Staat als Rechtsbrecher auftreten, habe sich gerade in letzter Zeit überraschend gewandelt. Auch das Individuum könne sich unmittelbar gegen das Völkerrecht vergehen. Ausgehend von der Feststellung, daß der Schutz der Menschenrechte und die internationale Friedenssicherung ein unteilbares Ganzes bilden, fragt Verf., ob das Verbrechen gegen den Frieden gegebenenfalls als »politisches« Verbrechen im überkommenen Sinne anzusehen sei. Dies sei für die Gegenwart zu verneinen. Auch das Auslösen eines Bürgerkrieges sei jedenfalls dann kein politisches Verbrechen, wenn sich dahinter in Wahrheit ein internationaler Krieg verberge. Die Erstellung eines Kodex des internationalen Strafrechts sei eine der dringlichsten Aufgaben der UN. Verf. stellt die bisherige Entwicklung dar. Er befürwortet die Universalität eines zukünftigen internationalen Strafrechts und untersucht die Möglichkeiten der Durchführung.

Pordea, G. A.: Le Désarmement: une utopie? (S. 160-180). Behandelt besonders die Frage der Bedeutung der Atomwaffen für die Friedenssicherung.

M a u n o i r, Jean-Pierre: Le Procès d'Oradour (S. 181–186). Kritisiert die Rechtsgrundlage der in Bordeaux ergangenen Kriegsverbrecherurteile unter Hinweis auf die Angreifbarkeit von Kollektivbestrafungen und die Umkehr der Beweislast im Strafverfahren.

K u l s k i, W. W.: Les tendances contemporaines dans le Droit International Soviétique (S. 272–280). Der charakteristische Zug der sowjetischen Rechtstheorie sei die Beurteilung völkerrechtlicher Vorgänge nach zweierlei Gesichtspunkten, jeweils ausgerichtet auf die politische Zweckmäßigkeit. Dies zeige sich u. a. an der Auffassung über den Krieg, der »gerecht« oder »ungerecht« sei, je nach der Beteiligung; so sei der 2. Weltkrieg 1939–1940 seitens des Deutschen Reichs ein »gerechter« Krieg gewesen, ab 1941, d. h. seit der Beteiligung der UdSSR, ein ungerechter. Dasselbe gelte für den Krieg gegen Finnland und die Aktion von Korea. Auch bei der Frage der Rechtmäßigkeit des Partisanenkampfes werde diese Linie verfolgt. Der Grundsatz *pacta sunt servanda* unterliege ganz besonders der opportunen Auslegung, ähnlich wie der Souveränitätsbegriff. Der sowjetische Jurist könne im starren Festhalten an seiner theologischen Rechtsauffassung das die internationale Gemeinschaft tragende Prinzip der Gegenseitigkeit nicht genügend beachten.

M a n c i n i, Antonio: La giurisdizione della Corte Internazionale di Giustizia (S. 281–298; 386–405). Erläutert u. a. Art. 38 des Statuts, die Zuständigkeit, die Frage der »politischen« Streitigkeiten, das Beweisrecht, die konkurrierende Zuständigkeit anderer Gerichtshöfe, die Parteifähigkeit besonders der UN und der anderen internationalen Organisationen, die Rechtskraft der Entscheidungen, die obligatorische und fakultative Zuständigkeit.

S i d j a n s k i, D.; S. C a s t a n o s: De la clause «Pacta sunt servanda» (S. 299–306). Rechtsphilosophische Untersuchung.

S o t t i l e, Antoine: Le Pape Pie XII et le Droit Pénal International (S. 363–382).

Y o t i s, Christo: La non-extradition du « civis novus » d'après la législation hellénique en vigueur (S. 383–385).

L e r i c h e, Anthony: Les missions permanentes auprès de l'Organisation des Nations Unies (S. 406–411).

P o r d e a, G. A.: Pactes régionaux et sécurité collective (S. 412–420). Dg

Revue Egyptienne de Droit International. Vol. 8, 1952

B o u t r o s - G h a l i, B.: La sécurité soviétique en Europe Orientale (S. 1–51). Analyse des während des 2. Weltkriegs und seither unter Führung Sowjetrußlands entwickelten Beistandspaktsystems in Mittel- und Osteuropa unter dem Gesichtspunkt seiner Vereinbarkeit mit der UN-Charta. Verf. spricht den den Ostblock bildenden bilateralen Verträgen den Charakter von Regionalabkommen im Sinne des Art. VIII der UN-Charta ab.

S m y r n i a d i s, Bion: Observations sur la double nationalité (S. 52–59).

C o c â t r e - Z i l g i e n, André: L'imbroglio irlandais. Indépendance et Partition (S. 72–101). Geschichte der irischen Frage.

B r i n t o n, J. Y.: Territorial Sea and the Continental Shelf. A Review of Recent Developments (S. 103–128). Bespricht das Urteil des IGH im englisch-norwegischen Fischereistreit vom 28. 12. 1951 sowie die Frage seiner Auswirkung auf ähnliche

Fälle. Erörtert im Abschnitt über die Frage des Festlandssockels vor allem den in Bd. 6, S. 170–174, der *Revue Egyptienne* abgedruckten sogenannten Abu Dhabi-Schiedsspruch von 1950 im Streit zwischen dem Herrscher von Qatar und der Petroleum Development (Qatar) Ltd. Er nennt den Schiedsspruch »ein Schmuckstück« in der juristischen Literatur.

Arabischer Teil [Aufsatztitel übersetzt]:

Sultan, Hamed: Änderungen der Satzung der Vereinten Nationen (S. 1–10).

Boutros-Ghali, Boutros: Definition der Regionalabkommen (S. 11–39).

Rhanem, Mohamed Hafez: Das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht. Einige damit zusammenhängende Zweifelsfragen (S. 40–66).

Taha, Moustafa Kamal: Internationale Vereinheitlichung des Seerechts. Die neuen Brüsseler Abkommen vom 15. 5. 1951 (S. 67–86).

Fatatri, Sa'ad: Die »Bonner« Abkommen (S. 87–97). Gemeint ist der am 26. 5. 1952 in Bonn unterzeichnete Deutschlandvertrag.

— **Vol. 9, 1953**

Boutros-Ghali: Le Pacte balkanique du 28 février 1953 (S. 12–27).

Smyrniadis, Bion: L'intervention devant la Cour Internationale de Justice (S. 28–40). Art. 63 Abs. 2 des IGH-Statuts, der die Rechtskraft eines Urteils auf den die Auslegung eines multilateralen Vertrags betreffenden Teil beschränke, sollte dahin abgeändert werden, daß die vom IGH gegebene Auslegung eines multilateralen Vertrags sämtliche Vertragspartner, nicht nur die Hauptparteien und eventuelle Nebeninterventienten binde; andernfalls bestehe die wenigstens theoretische Gefahr, daß ein anders besetzter Gerichtshof demselben Vertrag in einem späteren Streit zwischen anderen Vertragspartnern eine abweichende Auslegung gebe.

Cocâtre-Zilgien, André: Le Parlement de l'Irlande du Nord (S. 41–81).

Erörterung der rechtlichen Stellung Nordirlands und seines Parlaments. Nordirland sei trotz eigenen Parlaments und eigener Regierung nicht souverän, sondern eine mit allerdings weiten Vollmachten ausgestattete von London abhängige Provinz.

Reiff, Henry: Renewed interest in codification of international law on diplomatic intercourse and immunities (S. 102–106). Erörterung des Problems der diplomatischen Privilegien und Immunitäten, dessen zeitgemäße Lösung, angesichts des enormen Wachstums der internationalen Organisationen und der zunehmenden Zahl selbständiger Staaten und deren diplomatischer und sonstiger zahlenmäßig immer stärker werdender Auslandsmissionen, zu einer Aufgabe von zunehmender Dringlichkeit geworden sei. Ws

Revue Française de Droit Aérien. Année 7, 1953

Garnault, André: La session de Rio-de-Janeiro du Comité juridique de l'O.A.C.I. et la révision de la Convention de Varsovie (S. 391–416).

— **Année 8, 1954**

—: *Organisation de l'Aviation civile internationale (O.A.C.I.). Projet de Convention sur l'abordage aérien (S. 12–33).*

—: *Coordination des transports aériens en Europe Occidentale (S. 33–43).* Zn

Revue Française de Science Politique. Vol. 3, 1953

Outrey, Amédée: Histoire et Principes de l'Administration Française des Affaires Etrangères (S. 714-738).

Djordjevič, Jovan: La Formation du Nouvel Etat des Peuples Yougoslaves (S. 748-769).

— Vol. 4, 1954

Rondot, Pierre: Les Structures Socio-Politiques de la Nation Libanaise (S. 80-104; wird fortgesetzt).

Feyzîoğlu, Turhan: Les Partis Politiques en Turquie. Du Parti Unique à la Démocratie (S. 131-155). Die 1946-1950 vollzogene Umgestaltung des politischen Regimes der Türkei sei in einer echten Volksbewegung begründet. Sie stelle nicht das Werk einer kleinen politischen Elite dar. Trotz der Existenz einer gewissen religiös begründeten Reaktion bestehe für die türkische Demokratie keine Gefahr mehr.

Rondot, Pierre: Les Nouveaux Problèmes de l'Etat Libanais (S. 326-356).

Levy, Denis: Le « Cabinet » du Président des Etats-Unis (S. 363-383). Im amerikanischen Staatsrecht habe der Begriff des Kabinetts eine andere Bedeutung als in Staaten mit parlamentarischer Regierung. Bh

Revue Générale de Droit International Public. Année 57, 1953

Rolin, Henri: Une conciliation belgo-danoise (Affaire des SS « Gorm » et « Svava ») (S. 353-371).

Gonidec, P. F.: L'Union Française et l'Europe (S. 372-397).

Glaser, Stefan: La guerre d'agression à la lumière des sources du droit international (S. 398-443). Die verbrecherische Natur des Angriffskrieges ergebe sich sowohl aus Völkergewohnheits- und Vertragsrecht als auch aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen.

Perronoud, Georges: Les restrictions à la liberté de déplacement des diplomates (S. 444-452). Anknüpfend an die von den UdSSR eingeleiteten Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der ausländischen Diplomaten untersucht Verf. die Frage der völkerrechtlichen Zulässigkeit derartiger Maßnahmen sowie die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der von anderen Staaten ergriffenen Gegenmaßnahmen, in denen er Repressalien oder gelegentlich auch nur Fälle von Retorsion sieht.

Brugière, Pierre: Les résolutions amendant les pouvoirs de l'Assemblée des Nations Unies pour la sécurité collective (S. 453-476). Verf. charakterisiert die UN-Resolutionen über die Sicherung des Friedens seit 1950 als Wandlung der Struktur der UN. Er bezweifelt, daß die Verlagerung der Behandlung von Sicherheitsfragen in die Vollversammlung die UN zu einem wirksameren Friedensinstrument gemacht habe. Die Maßnahmen seien eine Satzungsdurchbrechung, die nur durch eine größere Wirksamkeit der Gesamtorganisation hätte gerechtfertigt werden können.

Burdeau, Georges: Régimes politiques et communauté internationale (S. 521-531). Die internationale Gemeinschaft habe ein bestimmtes inneres politisches Gefüge der Staaten zur Voraussetzung. Staaten, die sich durch ihre Regierungsform

und ihre politische Ideologie von den idealen Grundlagen der internationalen Gemeinschaft (Gleichheit der Völker, friedliche Regelung der Streitfälle, Achtung der Menschenrechte, Solidarität der Staaten) ausschließen, könnten vor einer Änderung ihres inneren Gefüges an der internationalen Gemeinschaft nicht teilhaben.

R o s e n n e, *Shabtai*: *L'exécution et la mise en vigueur des décisions de la Cour Internationale de Justice* (S. 532–583).

— **Année 58, 1954**

S c e l l e, *Georges*: *Quelques réflexions sur l'abolition de la compétence de guerre* (S. 5–22). Nach Verf. hat sich durch die Kriegsächtung in der UN-Charta eine revolutionäre Rechtswandlung vollzogen, die allerdings mit den Realitäten noch nicht im Einklang stehe. Es fehle vor allem an kompetenten internationalen Organen für die Entscheidung der Frage, ob eine Notwehrlage gegeben sei, und an einem wirksamen Machtinstrument. Die Entwicklung dränge zum Universalreich oder zum ökumenischen Föderalismus.

R o u s s e a u, *Charles*: *Les frontières de la France* (S. 23–52; 208–229).

F l o r y, *Maurice*: *Vers une nouvelle conception du prisonnier de guerre?* (S. 53–93). Verf. meint, daß die Wandlungen der Bedeutung des Krieges die Tauglichkeit des gesamten Kriegsrecht fraglich gemacht haben. Er hält die Genfer Konvention von 1949 bereits jetzt für veraltet, da sie auf der klassischen Kriegsvorstellung beruhe, weshalb sie auch Fragen, wie sie im Koreakrieg aufgetaucht seien, nicht zu lösen vermöge.

R o s s i g n o l, *André*: *Des tentatives effectuées en vue de mettre un nouveau mécanisme de sécurité collective à la disposition de l'Assemblée générale des Nations Unies et de leur inconstitutionnalité* (S. 94–129). Verf. beschreibt die außerhalb des Sicherheitsrates im Schoße der UN eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens. Er sieht besonders in der Resolution »zur Erhaltung des Friedens« vom 3. 11. 1950 (*Resolution Acheson*) einen neuen Mechanismus zur kollektiven Sicherung, den er allerdings als mit der Satzung unvereinbar qualifiziert.

C a v a r é, *L.*: *L'immunité de juridiction des Etats étrangers* (S. 177–207). Verf. sieht in der Staatenimmunität weder eine Rechtsnorm noch ein Rechtsprinzip, sondern einen sich aus der gegenwärtigen Natur der Staatengesellschaft ergebenden praktischen Grundsatz. Er zeigt, daß im Frühstadium die Immunität allumfassend war, daß sie aber mit der fortschreitenden Verdichtung des Staatenverhältnisses eingeschränkt worden ist. Es sei anzunehmen, daß die Entwicklung in Richtung der Beschränkung fortschreite.

H o f f m a n n, *Stanley*: *Deux Directoires des Grandes Puissances au XX^e siècle* (S. 230–278). Verf. behandelt den Obersten Rat und die Konferenz der Außenminister (1919–1923) und die entsprechenden Erscheinungen der Jahre 1943–1948 als Direktorium der Großmächte über die Kleinen.

W o l f, *Francis*: *Le Tribunal administratif de l'Organisation Internationale du Travail* (S. 279–305). Verf. behandelt Werden, Aufgaben und Bedeutung des Verwaltungsgerichts der IAO gemäß seiner Satzung vom 9. 10. 1946 mit Änderungen vom 29. 6. 1949.

Bh

Revue Hellénique de Droit International. Année 6, 1953

Rosenne, Shabtai: The forum prorogatum in the International Court of Justice (S. 1-26). Verf. fürchtet, daß der IGH in der Annahme seiner Zuständigkeit kraft Prorogation zu weit gegangen sei und daß hierin die Nichtbeachtung einiger seiner jüngsten Entscheidungen durch die beteiligten Staaten ihren Grund haben könne.

Langrod, Georges: Etudes de l'Administration Internationale (S. 27-47; 130-151).

Carabiber, Ch.: Les juridictions internationales, facteur de paix (S. 48-59).

Frydas, Aristos: Validité des Traités minoritaires conclus après la première guerre mondiale (S. 60-63). Verf. meint, daß die Minderheitenschutzabkommen nicht mehr gelten.

Benoiist, Jacques: L'Interprétation des Traités d'après la Jurisprudence Française (S. 103-116). Verf. behandelt die Auslegung internationaler Verträge durch den Conseil d'Etat und die Cour de Cassation. Ersterer interpretiere Verträge nicht selbst, sondern hole jeweils diesbezügliche Auskunft beim Außenministerium ein. Anders die Cour de Cassation: Diese richte sich nach der Auslegung durch das Außenministerium, wenn das öffentliche Interesse gewährt sei. Liegen private Interessen zugrunde, so bejahe die Cour die Befugnis zur eigenen Interpretation.

Sidjanski, D.; S. Castanos: Théorie de l'Union Internationale (S. 117-129).

Calogeropoulos-Stratis, S.: La légitime défense (S. 217-230). Behandelt Art. 51 der UN-Charta.

Papacostas, Basile G.: Le principe « pacta sunt servanda » et l'Organisation des Nations Unies (S. 231-238). Aus Abs. 3 der Präambel und Art. 2 Abs. 2 der UN-Charta folge, daß die Achtung vor der internationalen Ordnung und der in der Charta enthaltenen Verpflichtungen eine allgemein anerkannte Völkerrechtsregel darstelle.

Zn

Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale. Année 4, 1954

Medlicott, W. N.: De Munich à Prague (N. 13, S. 3-16).

Jeannin, Pierre: La Suède pendant la guerre. Les livres blancs suédois (S. 17-31).

Catoire, M.: La Direction des Services de l'Armistice à Vichy (N. 14, S. 27-45; wird fortgesetzt).

Granet, Marie: La déportation au procès international de Nuremberg (N. 15-16, S. 99-113).

Bh

Revue de l'Institut de Sociologie. Année 1953

Kirschén, Etienne-Sadi: Les principaux obstacles à l'intégration économique de l'Europe (S. 209-237). Verf. prüft die europäischen Ansätze einer wirtschaftlichen Integration. Er meint, daß außer der Benelux und der EGKSt keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien, zumal die Europäische Zahlungsunion nur temporäre Bedeutung habe, und daß die europäische Vereinigung nur durch Übertragung umfassender politischer Hoheitsrechte erzielbar sei.

Seeldrayers, Ed.-P.: L'évolution du droit administratif. Déclin ou renaissance? (S. 239-267).

— **Année 1954**

Goriely, Georges: Du lien entre l'évolution du sentiment national en Belgique et la position internationale du pays (S. 41–87). Bh

Revue Internationale de la Croix-Rouge. Année 36, 1954

Coursier, Henri: Le problème de l'esclavage (S. 260–271; 468–482). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 807 angezeigten Aufsatzes.

Siordet, Frédéric: La Convention de Genève a quatre-vingt-dix ans (S. 339–343).

Coursier, Henri: La Convention de Genève dans le droit international (S. 344–352).

Pictet, Jean S.: Le Comité international de la Croix-Rouge dans les nouvelles Conventions de Genève (S. 353–367). Rn

Revue Internationale de Droit Comparé. Année 5, 1953

Blagojevic, Borislav T.: Le droit comparé. Méthode ou science (S. 649–657).

— **Année 6, 1954**

Rodó, L. López: Le recours de griefs devant le Conseil d'Etat espagnol (S. 41–50). Verf. qualifiziert die Entscheidungen des spanischen Staatsrates, der 1936 aufgelöst, aber 1940 wiedergegründet und 1944 reorganisiert wurde, als Verwaltungsakte und nicht als Akte der Gerichtsbarkeit. Er meint aber, daß die Entwicklung zur selbständigen Gerichtsbarkeit führen werde. Bh

Revue Internationale Française du Droit des Gens. T. 21, 1952

Rongier, Louis: Le Droit Divin des Peuples. L'erreur de la Révolution française et l'instabilité constitutionnelle de la France (S. 5–25). Verf. zeigt die aus der Überbetonung der Stellung der gesetzgebenden Gewalt herrührenden Gefahren. Er fordert Stärkung der richterlichen Gewalt, da auch der Gesetzgeber dem Recht und den ewigen Werten der Menschheit unterworfen sein müsse.

Bornecque, Edouard: Evolution de l'Humanisme juridique international vers une conception cosmique (S. 26–31, 177–191; wird fortgesetzt).

Genet, Raoul: La Révision de la X^e Convention de la Haye relative à la guerre sur Mer (S. 31–40, 192–198; wird fortgesetzt). Bh

Revue Internationale d'Histoire Politique et Constitutionnelle. T. 3, 1953

Moulin, Léo: Les origines religieuses des techniques électorales et délibératives modernes (S. 106–148). Historische Untersuchung über Wahl- und Abstimmungssysteme.

Tedeschi, Paul: Un nouvel Etat: Le Royaume de Libye (S. 149–154). Entstehung und Funktion des Staates.

Warlomot, R.: La notion de représentation publique (S. 305–319). Untersuchung über die rechtstheoretischen Grundlagen und die Entwicklung des Parlamentarismus.

Cavalcanti, Themistocles Brandão: Les tendances des récentes constitutions brésiliennes (S. 320–328).

Ladhari, N.: L'abdication (S. 329–337). An Hand geschichtlicher Vorgänge

behandelt Verf. die Abdankung einer Staatsführung als freiwillige und unfreiwillige, als Lösung innerpolitischer und außenpolitischer Krisen und als Konsequenz internationaler Störungen.

Caillois, Roger: La guerre courtoise (S. 338–346). Zeigt die Wandlungen, die die internationalen Auffassungen über den Krieg durchlaufen haben. Dg

Revue Internationale des Sciences Administratives. Année 19, 1953

Herlitz, Nils: Le droit administratif suédois (S. 533–570).

Bonnaud-Delamare, R.: Progrès de la réforme administrative en France (S. 571–607).

Chapel, Yves: Le régime administratif du contrôle des changes dans l'Union Economique Belgo-Luxembourgeoise (S. 695–709).

Harder, Erik: Problèmes de la confédération administrative nordique (S. 710–714).

Cassin, René: L'Evolution récente des Juridictions Administratives en France (S. 833–860).

Prés de Lima, Antonio Pedrosa: Les fonctions du Secrétaire Général du Ministère au Portugal (S. 902–911).

— **Année 20, 1954**

Mattou, Henri: Le budget, programme de travail du gouvernement (S. 9–22).

Onar, Siddik Sami: The analysis and the criticism of the causes of appearance of the public corporations in Turkey and the legal and administrative structures of these corporations (S. 23–66).

Chiesa, Fernando: Les juridictions administratives internationales (S. 67–88).

Verf. untersucht den Begriff der Gerichtsbarkeit, besonders den der internationalen Gerichtsbarkeit, sowie die Möglichkeiten eines Ausbaues der internationalen Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Styépanovitch, Nikola: Les réformes constitutionnelles et administratives en Yougoslavie (S. 119–142).

Jorion, Edmond: Les droits et obligations des fonctionnaires internationaux (S. 149–169).

Chapel, Yves: Le régime administratif du Commerce extérieur en Allemagne Fédérale (S. 169–188). Bh

Revue Juridique et Politique de l'Union Française. Année 7, 1953

Sörensen, Max: Le statut juridique du Groenland (S. 425–442). Verf. behandelt die Änderung der rechtlichen Stellung Grönlands seit der neuen dänischen Verfassung vom 5. 6. 1953, die das grönländische Kolonialstatut für beendet erklärte.

Gonidec, P.-F.: Les Assemblées locales des territoires d'outre-mer (S. 317–355, 443–491).

Ha Vinh Phuong: La négociation et la signature des accords commerciaux par le Viet-Nam (S. 492–499).

— **Année 8, 1954**

Silvera, Victor: Les réformes institutionnelles tunisiennes (Mars 1954) (S. 25–103). Verf. würdigt kritisch die tunesischen Reformen vom 4. 3. 1954. Bh

Revue Politique des Idées et des Institutions. Année 43, 1954

Boivin-Champeaux, Jean: La réforme du contentieux administratif (S. 33-37).

Le Parc, Pierre: Réflexions sur la question des réfugiés (S. 46-56).

Veil, Lucien: La France et l'Union française (S. 143-147).

Pernot, Georges: La revision de la Constitution est-elle compromise? (S. 193-199).

Courant, Pierre: La réforme fiscale (S. 225-231).

Serrigny, Bernard: Armée européenne et Union européenne (S. 232-236).

Verf. sieht das Projekt einer Europa-Armee unlösbar verbunden mit dem einer politischen europäischen Union. Er folgert daraus, daß über die Europa-Armee nicht beschlossen werden könne, ehe feststehe, welche organisatorische Gestalt die politische Einheit Europa erhalten solle.

Joseph, Gaston: Destin de l'Afrique du Nord française (S. 237-245). Verf. behandelt zwei Entwicklungstendenzen im Mittelmeerraum, die ihm für Frankreich bedeutsam zu sein scheinen: einmal die von Madrid vorangetriebene Annäherung von Islam und Katholizismus, die von Italien, Deutschland und den USA in der Hoffnung, so zu einem »Eurafrika« zu kommen, gefördert werde, und zum anderen die von Kairo betriebene Richtung der Vereinigung der afrikanisch-asiatischen Völkerschaften durch eine entsprechende Umbildung der Arabischen Liga mit Richtung gegen die Eurafrika-Pläne. Für Frankreich käme es darauf an, zunächst ein französisches Eurafrika zu schaffen, in dem sich die Völkerschaften in einem weichen System verbunden halten, das föderalistisch sein müsse und das sein Zentrum in Paris habe.

Lebacqz, Albert: L'expérience du pool européen du charbon et de l'acier (S. 272-282; 313-320). Verf. behandelt Aufbau, Zielsetzung und Tätigkeit der EGKSt und stellt fest, daß die Hohe Behörde sich oft zum Nachteil Frankreichs in ihren Maßnahmen Zurückhaltung auferlegt habe. Bh

Revue Politique et Parlementaire. Année 56, 1954

Roche, Emile: L'élection présidentielle et la déchéance du régime d'Assemblée (T. 212, S. 3-10). Auf Grund der Erfahrungen bei der Präsidentenwahl in Frankreich fordert Verf. eine Neubestimmung des in Verwirrung geratenen Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung.

Heckscher, Kay: Le Danemark et l'OTAN (S. 55-61).

XXX: Le réarmement allemand, la France et la paix (S. 113-128).

Raphael-Leygues, J.: Le problème des Indes françaises (S. 160-164).

Dile, Anne-Lise: La Communauté politique européenne: arrêt ou progression? (S. 235-245).

Le Hénaff, Armand: Le budget en Angleterre (S. 289-298).

Allais, M.: La pseudo impasse de la Communauté Européenne de Défense (T. 213, S. 3-15). Verf. legt dar, daß für Frankreich die Ratifizierung der EVG ebenso falsch wäre wie die Nichtratifizierung. Als Lösung fordert er die Einbeziehung Großbritanniens in das Vertragswerk und im Falle der Weigerung Großbritanniens die Aufnahme Deutschlands in die NATO.

Dile, Anne-Lise: A propos de la Communauté politique européenne: Le précédent de 1930 (S. 27–35). Verf. untersucht den *Brand-Plan* und die Ursachen seines Mißerfolges. Sie glaubt, daß aus den Nachkriegserfahrungen und dem Bedürfnis der Sicherung gegen die russische Gefahr gegenwärtig ein günstigeres psychologisches Klima für die Erfolgchancen der Europapläne unserer Zeit besteht als damals.

Escaich, René: La Constitution yougoslave. Fédéralisme et Unité du pouvoir (S. 64–70).

Villaret, François: La nouvelle Fédération des Antilles britanniques (S. 163–169).

Mendès-France, Pierre: Esquisse d'une politique de l'Union Française (S. 225–228).

Demnati, L.: Esquisse d'une politique franco-marocaine. La double nationalité (S. 233–248). Verf. stellt die nach seiner Meinung sofort durchführbaren Reformen des französisch-marokkanischen Verhältnisses dar. Er befürwortet die sofortige Ablösung des Protektoratsvertrages durch ein neues Vertragsverhältnis.

Vellas, Pierre: La Présidence Eisenhower, magistrature d'influence? (S. 266–279; T. 214, S. 32–43). Verf. behandelt am Beispiel der Beziehungen von Präsident *Eisenhower* zum 63. Kongreß das Verhältnis Präsident – Kongreß in den USA.
XXX: La contribution financière allemande à la Communauté Européenne de Défense (T. 214, S. 16–21).

Demésey, Jacques: Gouvernement d'assemblée et bicaméralisme (S. 22–31). Bh

Revue Progressiste de Droit Français. 1952

Lyon-Caen, Gérard: La guerre bactériologique et le droit international (S. 3–5).

Matarasso, L.: L'immunité parlementaire et le flagrant délit (S. 6–8).

— 1953

Lyon-Caen, Gérard: Le droit de grève: La doctrine et la nouvelle orientation de la jurisprudence (S. 95–97).

Piquemal-Pastre, Marcel; Maurice Bourjal: L'Union Française: Concepts et réalités (S. 97–102).

Lavan, Georges E.: La révision constitutionnelle (S. 136–141).

— 1954

Bruguière, Michel: Considérations générales sur le Traité instituant la Communauté européenne de défense (S. 49–53).

Braibant, Guy: La Communauté européenne de défense et la dessaisissement des juridictions nationales (S. 53–57).

Matarasso, L.: La Communauté européenne et la liberté individuelle (S. 58–62).

Kahn, Jean: La Communauté européenne de défense et les services publics (S. 62–63).

N.: De la légitimité du Gouvernement de la République Démocratique du Vietnam (S. 75–78). Bh

Revue de Science et de Législation Financière. Année 46, 1954

Angers, François-Albert: Evolution des principes et idées qui ont inspiré les finances publiques canadiennes (S. 105–125).

Erginay, Akif: Les investissements publics en Turquie (S. 278–289).

Lowell Harris, C.: Le problème des économies dans les dépenses publiques (S. 477–501).

Murko, Vladimir: L'évolution de la dette publique yougoslave (S. 572–596).

Herrmann, Nicole: Quelques aspects du «budget fédéral» aux Etats-Unis (Attributions de l'Exécutif et du Législatif) (S. 623–641). Bh

Revue Tunisienne de Droit. Année 1, 1953

Publiée par l'Institut des Hautes Etudes de Tunis

Silvera, Victor: Le domaine de l'Etat Français en Tunisie (S. 214–232).

— Année 2, 1954

Silvera, Victor: Les réformes institutionnelles tunisiennes (Mars 1954) (S. 22–39). Verf. würdigt die Reform vom 4. 3. 1954 als wesentlichen Schritt zur tunesischen inneren Autonomie. Bh

Rivista di Diritto Internazionale. Vol. 37, 1954

Morelli, Gaetano: Appunti sulla Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio (S. 3–18). Verf. sieht in der Montanunion eine besondere, von der völkerrechtlichen wie von der innerstaatlichen verschiedene Ordnung.

Cansacchi, G.: Sullo «Stato di appartenenza» dei comandi giuridici nei trasferimenti territoriali (S. 19–71). Verf. behandelt das Problem der Zugehörigkeit und Fortgeltung der vor Gebietsabtretungen vom abtretenden Staat erlassenen Rechtsnormen.

Monaco, Riccardo: Le riserve agli accordi internazionali e la competenza parlamentare (S. 72–81). Verf. betrachtet die Beteiligung des Parlaments am Vertragsschluß als Ermächtigung, die Befugnis der Regierung zur Anfügung eines Vorbehalts nach der parlamentarischen Zustimmung zum Vertrag als eine Macht politischen Charakters. Rn

Rivista Internazionale di Filosofia del Diritto. Anno 31, 1954

Brunello, Bruno: La guerra e il diritto internazionale (S. 418–425). Betrachtungen zum *ius ad bellum*. Rn

Rivista di Studi Politici Internazionali. Anno 21, 1954

Ripandelli, Francesco: Il trattato di amicizia turco-greco-jugoslavo del 1953 (S. 209–258). Behandelt u. a. das Verhältnis des Balkanpakts vom 28. 2. 1953 zur NATO. Rn

Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico. Anno 4, 1954

Breschi, Bruno: Gli accordi contrattuali con la Repubblica federale tedesca e la loro natura giuridica (S. 15–50). Schluß der in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 419 angezeigten Abhandlung. Verf. analysiert den Deutschlandvertrag vom 26. und den EVG-Vertrag vom 27. 5. 1952 und Deutschlands Rechtslage.

Alessi, Renato: Osservazioni intorno ai limiti soggettivi di efficacia del giudicato amministrativo (S. 51–69).

Falconi, Franca: L'ammissibilità della donna alle Giunte Provinciali amministrative (S. 118–134).

Martines, Temistocle: Questioni e dibattiti sulla legislazione regionale siciliana (S. 183–236).

Franchini, Flaminio: La riforma del contenzioso amministrativo in Francia (S. 237–251). Rn

Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift. Jg. 5, 1953

Jacob, Erich: Die saarländische Steuergerichtsbarkeit nach Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Saarland (S. 81–83).

— Jg. 6, 1954

Braun, Heinz: Die französisch-saarländische Unionsgerichtsbarkeit (S. 1–2). Bh

Schweizer Monatshefte. Jg. 34, 1954

Huber, Max: Strategie und Staatsrecht (S. 275–291). Verf. meint mit Strategie alles »was die Verfügung über die Wehrmacht im weitesten Sinne im Blick unmittelbar auf das Kriegsziel betrifft, und ebenso die Grundsätze, die maßgebend sind für die Verfügung über Menschen zu Zwecken der Wehrmacht«, und behandelt als strategisch wichtige staatsrechtliche Probleme 1. Fragen der zivilen Dienstpflicht im Rahmen der bundesrätlichen Verordnung vom 26. 1. 1954 über das zivile Schutz- und Betreuungswesen, dessen deutliche Trennung von der Wehrmacht er um der kriegsrechtlichen Unantastbarkeit der (zivilen) Dienstpflichtigen willen empfiehlt; 2. verfassungsrechtliche Fragen des Verhältnisses von Zivil- und Militärgewalt; 3. die Verteidigung der inneren Ordnung (ohne Rücksicht auf die »Souveränität der Kantone und deren Staatsgrenzen«) und der Neutralität und Unabhängigkeit, wobei er in der Frage, ob die gegenseitige Verteidigungsbürgschaft der Kantone in der Eidgenossenschaft von 1848 derart aufgegangen sei, daß sie einem strategischen Rückzug unter Preisgabe einzelner Kantone nicht mehr im Wege stehe, rein juristisch die Auffassung teilt, daß der die Kantongebiete garantierende Art. 5 der Bundesverfassung eine interne, nicht das Verhältnis zum Ausland betreffende Norm sei, aus dem Bundeszweck und dem Wesen der Neutralität aber den maximalen Widerstand gegen jede territoriale Verletzung folgert; 4. den Partisanenkrieg im besetzten Gebiet, der mit den Instruktionen des Bundesrats an die Bevölkerung vom 30. 10. 1939 und der darin vorgesehenen friedlichen Zusammenarbeit der verbliebenen Behörden mit der Besatzungsmacht schwer vereinbar sei: man könne den Krieg nicht auf dem einen Gebiet »humanisieren« und ihn auf einem andern eine möglichst große und unregelmäßige Ausdehnung gewähren. Rn

Sovetskoe gosudarstvo i pravo. 1953

Šuršalov, V. M.: Zaključenje mirnogo dogovora s Germanijevvažnejšee uslovie ukreplenija mira v Evrope [Der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland als wichtigste Bedingung der Stärkung des Friedens in Europa] (N. 6, S. 26–40).

Fituni, L. A.: Pravovye formy ekonomičeskogo sotrudničestva SSSR i stran narodnoj demokratii [Die rechtlichen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

der UdSSR und der Länder der Volksdemokratie] (S. 91–103). Führende Rolle der UdSSR in der Fertigung und Erweiterung des demokratischen Weltmarktes. Staatsverträge der UdSSR mit den Ländern der Volksdemokratien, Abkommen über Warenaustausch und Zahlungen, Kreditabkommen, Abkommen über technische Unterstützung.

K o r e c k i j, V. M.: Sozdanie amerikanskich voennyh baz na čužich territorijach-narušenie norm meždunarodnogo prava [Bildung von amerikanischen Militärstützpunkten auf fremdem Staatsgebiet als Verletzung von Völkerrechtsnormen] S. 120–132). Die Bildung von Stützpunkten sei als eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit, der Unabhängigkeit, der Souveränität und der Freiheit der Völker anzusehen.

M o l o d c o v, S. V.: Pravilo edinoglasija postojannyh členov Soveta Bezopasnosti-nezbyblemaja osnova OON [Die Einstimmigkeitsregel für die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als unzerstörbare Grundlage der Organisation der Vereinten Nationen] (N. 7, S. 44–57). Die Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bilde die Grundlage der Organisation der UN. Angriffe auf das Vetorecht müssen den Bestrebungen, das ganze Gebäude der UN zu zerstören, gleichgestellt werden.

I v a n o v, F.; S. V o l o d i n: Pjataja sessija Komissii meždunarodnogo prava OON [Die fünfte Session der Kommission für Internationales Recht der UNO] (S. 88–100). Den reaktionären Kern der Kommission für internationales Recht bilden die Gegner der staatlichen Souveränität – Scelle, Alfaro, Cordoba, denen sich in einer Reihe von Fällen Lauterpacht, François, Sandström und einige andere Mitglieder der Kommission anschließen. Als Vertreter der demokratischen, progressiven Grundsätze treten in der Kommission die Vertreter der Sowjet-Union (K o r e c k i j und später K o ž e v n i k o v) und der Tschechoslowakei (Z o u r e k) auf. Im weiteren berichtet der Aufsatz über alle auf der 5. Session der Kommission für Internationales Recht angenommenen Entwürfe (Schiedsgerichtsbarkeit, offene See [kontinentaler Sockel, Fischerei, zones contiguës], Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit), wobei alle Bestimmungen, die keine Zustimmung der Vertreter der Sowjet-Union gefunden haben, scharf kritisiert werden.

L i s o v s k i j, V. J.: Dogovor o »evropejskom oboronitel'nom soobščestve« – orudie agresii [Der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft als Waffe der Aggression] (S. 122–126).

U š a k o v, N. A.: Narušennye prava Kitajskoj Narodnoj Republiki v OON dolžny byt' vosstanovleny [Die verletzten Rechte der Chinesischen Volksrepublik in den UN müssen wiederhergestellt werden] (Nr. 8, S. 57–65). Eine deutsche Übersetzung dieses Aufsatzes ist im »Rechtswissenschaftlichen Informationsdienst« 1954, S. 347–355, erschienen.

— 1954

K o ž e v n i k o v, F. J.: Nekotorye voprosy teorii i praktiki meždunarodnogo dogovora [Einige Fragen der Theorie und der Praxis des Staatsvertrages] (Nr. 2, S. 62–76). Wesen, Zustandekommen, Änderung und Außerkraftsetzung von Staats-

verträgen. Der Staatsvertrag sei ein Akt zwischen zwei oder mehreren Staaten zur Begründung, Änderung oder Aufhebung ihrer Hoheitsrechte und -pflichten. Es gebe verschiedene Kategorien von Staatsverträgen. Politische Verträge dienen entweder den Aggressionszwecken (wie der EVG-Vertrag) oder der Sicherung des Friedens (wie alle Bündnisverträge der UdSSR). Handelsverträge seien entweder auf der Grundlage der wirtschaftlichen Gleichheit (wie alle Verträge der UdSSR) oder der wirtschaftlichen Aggression (wie die Verträge der imperialistischen Staaten) aufgebaut. Der Vertrag trete der Regel nach mit seiner Ratifikation in Kraft. Die Weigerung, einen Vertrag zu ratifizieren, sei kein rechtswidriger Akt, könne aber als ein Beweis aggressiver Pläne betrachtet werden (so die Nicht-Ratifizierung des Genfer Protokolls über das Verbot des Gas- und bakteriologischen Krieges). Die Vorschrift der Satzung der UN über die Registrierung der Verträge könne auf die Rechtskraft der Verträge keine Wirkung ausüben. Im weiteren behandelt Verf. in kurzen Sätzen alle sich auf die Staatsverträge beziehenden Probleme immer mit der gleichen politischen Tendenz. Deutsche Übersetzung: »Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst« 1954, S. 333–347.

S. B.: *Meždunarodnyj sud OON o dvuch gruppach normandskich ostrovov (Menké i Ekreu) v prolive Lamanš* [Das Internationale Gericht der Vereinten Nationen über zwei Gruppen von normannischen Inseln (Minquiers und Ecréhou) in der Meerenge von Lamanche] (S. 115).

Sobinov, M.: *Problemy obezpečeniya bezopasnosti v Evrope* [Probleme der Sicherung der Sicherheit in Europa] (N. 3, S. 3–16). Sowjetische Vorschläge auf der Berliner Konferenz von 1954.

Vasil'ev, A.: *K itogam raboty special'nogo komiteta OON po opredeleniju ponjatija agressii* [Zu den Ergebnissen der Arbeit des Spezialausschusses der UN über die Definition der Aggression] (S. 110–114).

Volgin, V.; Alekseenko: *K voprosu o gosudarstvennom dogovore s Avstriej* [Zur Frage des Staatsvertrages mit Österreich] (N. 4, S. 81–89). Begründung des Standpunkts der Sowjetdelegation auf der Berliner Konferenz von 1954.

Šuršalov, V. M.: *Obščevropejskij dogovor o kollektivnoj bezopasnosti v Evrope* [Alleuropäischer Vertrag über die Kollektivsicherheit in Europa] (N. 5, S. 13–24). Der auf der Berliner Konferenz von 1954 von der Sowjet-Union vorgelegte Entwurf eines europäischen Sicherheitspaktes entspreche dem geltenden Völkerrecht (den Abkommen von Yalta und Potsdam, den Grundsätzen und Zielen der Satzung der UN wie auch den sowjetisch-englischen und sowjetisch-französischen Verträgen über gegenseitige Hilfeleistung). Dieser Entwurf diene dem Friedenswerk aller Völker.

Soviet Studies. Vol. 4, 1952/53

Schlesinger, Rudolf: *Notes on the Changing Functions of Party Congresses* (S. 386–402). Ws

Staat und Recht. Jg. 3, 1954

Krüger, Ulrich: *"Implied Powers"* (S. 81–85). Die dem amerikanischen Staatsrecht entstammende Doktrin werde in verfassungsrechtlich unzulässiger Ausweitung

heute von der westdeutschen Regierung verwandt, um die Durchsetzung verfassungswidriger Ziele zu ermöglichen.

Baumgarten, Arthur: Das Recht auf Frieden als Menschenrecht (S. 175–180).

Engelbert, Heinz: Die neuen Gesetze über die Nationalausschüsse – eine neue Etappe der Demokratisierung der örtlichen Organe der Staatsgewalt in der Tschechoslowakischen Volksrepublik (S. 241–257).

Brandweiner, Heinrich: Österreich und die Sicherung des Friedens in Europa (S. 313–323). NATO und EVG seien mit den Zielen und Aufgaben der UN unvereinbar. Das »Vereinte Europa« sei ein nebelhafter Begriff. Den Bestrebungen, Österreich an der Integration teilnehmen zu lassen, müsse entgegengetreten werden. Dg

Das Standesamt. Jg. 7, 1954

Hoffmann: Neues Staatsangehörigkeitsrecht in Island (S. 66–67).

Delitz: Der Gleichberechtigungsentwurf im Staatsangehörigkeitsrecht (S. 97–102).

Neuffer: Staatsangehörigkeit und Beamtenernennung (S. 103–105).

Lichter, M.: Der neue französische Staatsangehörigkeits-Code als Vorbild für die Gesetzgebung anderer Staaten (S. 121–128). Dg

Statsvetenskaplig Tidskrift. Årg. 57, 1954

Merikoski, V.: Utvecklingstendenser ifråga om domstolskontrollen av förvaltningen (S. 202–216). Behandelt neue Entwicklungstendenzen in der Frage der gerichtlichen Kontrolle der Verwaltung, besonders auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Bo Gran: Republiken Indiens författning (S. 217–235). Behandelt die indische Verfassung vom 26. 1. 1950. Rn

Union Postale. Jg. 79, 1954

Tomlinson, John D.: US-UN Co-operation in UN Postal Activities (S. 74 A–78 A). Sr

The University of Chicago Law Review. Vol. 21, 1953/54

Fairman, Charles: The Supreme Court and the Constitutional Limitations on State Government Authority (S. 40–78).

Letwin, William L.: The English Common Law Concerning Monopolies (S. 355–385). Behandelt die englische Rechtsentwicklung, die ursprünglich durchaus gegen den freien Handel gerichtet war und sich erst später wandelte. Verf. vergleicht damit die verschiedene Entwicklung in den USA: Obwohl dort das *common law* strenger als in England geblieben war, sei der Sherman Act weit über die alte Regelung hinausgegangen. Mr

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 2, 1954

Fraenkel, Ernst: Regionalpakte und Weltfriedensordnung. Zur völkerrechtlichen Entwicklung der Nachkriegszeit (S. 34–54). Infolge der Paralyse der Tätigkeit der UN durch den russischen Mißbrauch des Vetorechts haben die Paktensysteme Funktionen übernommen, die ursprünglich als zur Zuständigkeit der Weltorganisation gehörend angesehen wurden. Verf. stellt die Entwicklung des regiona-

len Paktsystems am Beispiel der inneramerikanischen Verträge dar, die als kollektive Selbstverteidigungsorganisation in das UN-System eingegliedert sind.

Meissner, Boris: Die kommunistische Machtübernahme in den baltischen Staaten (S. 95–114). Bericht mit Abdruck von Dokumenten über die Ereignisse im Juli 1940.

Vialon, Friedrich Karl: Die Stellung des Finanzministers (S. 136–148). Verf., der Mitglied der deutschen Delegation beim Interimsausschuß der Konferenz für die Organisation der EVG war, berichtet vergleichend über die Position des deutschen Finanzministers.

Franke, Wolfgang: Die Stufen der Revolution in China (S. 149–176). Sr

The Western Political Quarterly. Vol. 6, 1953

Fleming, D. F.: Is Coexistence with Communism Impractical? (S. 421–445).

Maki, John M.: Japan's Subversive Activities Prevention Law (S. 489–511).

Kraines, Oscar: Israel: The Emergence of a Polity (S. 518–542; 707–727). Behandelt Entwicklung des israelischen Staatswesens seit Begründung der Unabhängigkeit am 14. 5. 1948.

Kunz, Josef L.: The Idea of "Collective Security" in Pan-American Developments (S. 658–679). Das Streben einzelner Nationen nach Sicherheit führe zu Wettrennen und Krieg. Daher sei im Völkerbund erstmals auf universaler Ebene ein System der kollektiven Sicherheit geschaffen worden, in dem sich souveräne Staaten unter Anerkennung gewisser Einschränkungen ihrer Souveränität zusammengeschlossen hätten. Dem System des Völkerbundes stellt Verf. die auf kollektive Sicherheit zielenden Bestrebungen südamerikanischer Staaten seit Bolivar gegenüber, die als Vorläufer der späteren globalen Organisationen anzusehen seien. Bolivar habe einen supra-nationalen Bund für Südamerika für erstrebenswert, aber für undurchführbar gehalten. Der Vertrag von Panama von 1826 stimme in seinen Grundzügen mit dem Völkerbund überein. In den nächsten 40 Jahren sei das auf Bolivar zurückgehende System der kollektiven Sicherheit in den Verträgen von Lima 1848, Washington 1856 und Santiago 1856 bei Abweichungen im einzelnen fortgeführt worden, dann aber unter dem wachsenden isolationistischen Einfluß der USA, die auf dem amerikanischen Kontinent zunächst vorwiegend wirtschaftliche Interessen verfolgt hatten, aufgegeben worden. Erst im 2. Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, habe sich die panamerikanische Politik vom Neutralismus wieder der kollektiven Sicherheit zugewandt. In der UN-Charta (Art. 51) sei das interamerikanische System mit der weltweiten Organisation der UN (*individual and collective self defense*) in Einklang gebracht worden. So sei die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) zu einer *regional agency within the UN* geworden.

Mr

World Politics. Vol. 6, 1953/54

Holborn, Hajo: American Foreign Policy and European Integration (S. 1–30).

Epstein, Leon D.: British Labour's Foreign Policy (S. 106–121).

Dawson, Kenneth H.: The United Nations in a Disunited World (S. 209–235).

Alexander, Lewis M.: The Arab-Israeli Boundary Problem (S. 322–337).

Ehrmann, Henry W.: The French Trade Associations and the Ratification of the Schuman Plan (S. 453–481).

Verdoorn, P. J.: A Customs Union for Western Europe: Advantages and Feasibility (S. 482–500). Empfiehlt Abschluß einer Zollunion für Westeuropa. Mr

The Yale Law Journal. Vol. 63, 1953/54

Kahn, Alfred E.: A Legal and Economic Appraisal of the "New" Sherman and Clayton Acts (S. 293–347).

Haight, George Winthrop: International Law and Extraterritorial Application of the Antitrust Laws (S. 639–654). Die Rücksicht auf die Souveränität anderer Staaten verbiete die Anwendung amerikanischer Anti-Trust-Gesetze auf die Tätigkeit fremder Staatsangehöriger im Ausland.

Whitney, William Dwight: Sources of Conflict between the International Law and the Anti-Trust Laws (S. 655–663). Untersucht die Gründe für die im vorgenannten Aufsatz von Haight behandelte Kollision zwischen Völkerrecht und Anti-Trust-Gesetzen. Mr

The Year Book of World Affairs. Vol. 8, 1954

Beloff, Max: Problems of International Government (S. 1–20). Als zwei Hauptmomente der Entwicklung der letzten 50 Jahre nennt Verf.: 1. der Krieg als *ultima ratio* der Beziehungen zwischen unabhängigen Staaten habe sich und damit diese als untragbar erwiesen und zu engeren Gruppierungen geführt; 2. das Anwachsen sich überschneidender Gehorsams- und Treuepflichten (z. B. von Kommunisten in freien Ländern), ohne Bezug zu Gebiet oder Rasse, stelle die staatliche Geschlossenheit wie auch die zwischenstaatlichen Beziehungen in Frage. An Gruppierungen mit Abhängigkeitsverhältnissen innerhalb der westlichen Welt nennt er 1. die UN ohne die Sowjetblockstaaten, 2. die NATO-Staaten, 3. die verschiedenen zusammengesetzten Organismen der Integration des nicht-sowjetischen Europa, 4. das britische Commonwealth. Spannungen innerhalb des Westens sieht er darin begründet, daß die Nichtbeteiligung z. B. der USA an der Menschen- oder Frauenrechtskonvention oder das Bricker Amendment nach Wiederherstellung des alten Systems zwischenstaatlicher Beziehungen tendieren, während die Übertragung von Hoheitsrechten an internationale Organismen der Idee demokratischer Selbstregierung zuwiderlaufe. Verf. betrachtet von da aus das Verhältnis der sowjetischen Welt und das der USA zu internationalen Einrichtungen, den Fall der »nicht-politischen Institutionen« und administrative Probleme internationaler Zusammenarbeit, wie sie in dem 1951 veröffentlichten UNESCO-Bericht "National Administration an International Organization" aufgerollt wurden.

Groot, Emile de: Great Britain and the United Nations (S. 21–45).

Winkler, Henry R.: The United States and the United Nations (S. 45–68).

Frankel, J.: The Soviet Union and the United Nations (S. 69–94).

Green, L. C.: The Security Council in Retreat (S. 95–117). Behandelt Probleme der Willensbildung im Sicherheitsrat und dessen Rolle im »kalten Krieg«.

Strange, Susan: The Economic Work of the United Nations (S. 118–140).

Toussaint, Charmian Edwards: The United Nations and Dependent Peoples (S. 141–169).

Bin Cheng: International Law in the United Nations (S. 170–195). Die gegenwärtige Bipolarisation der internationalen Gemeinschaft und die dadurch verursachte Paralyse des UN-Sicherheitsrats berühre das Völkerrecht zweifach: 1. seine faktische Grundlage habe einen tiefen Bruch erlitten, so daß er zwischen beiden Lagern nur noch als ideologische Waffe diene oder seine Rolle auf ein Minimum reduziert sehe; 2. die mittleren und kleineren Mächte erhalten dadurch ungeahnten Auftrieb und versuchen ihren völkerrechtlich festgelegten Status quo, notfalls auch mit unzulässigen Mitteln, zu verbessern. Infolgedessen habe sich innerhalb der UN von Anfang an eine große Gleichgültigkeit gegenüber dem Völkerrecht breitgemacht. Dies exemplifiziert Verf. und zeigt die Linien einer schon im Gang befindlichen *de facto*-Revision der UN-Charter, besonders in Richtung auf Ausdehnung der Kompetenzen der Generalversammlung auf Kosten des Sicherheitsrats. Verf. setzt sich anschließend mit dem von Alvarez begründeten »neuen Völkerrecht« und seinen Reflexen in der Praxis des IGH und der International Law Commission auseinander.

Longmore, Laura: The South African Dilemma (S. 196–219). Behandelt die Probleme der südafrikanischen Rassenpolitik.

Chambers, F. P.: Interest Groups and Foreign Affairs (S. 220–241). Behandelt die Wirkungsweise von "interest groups, pressure groups and lobbies" in USA und Großbritannien und sieht darin eine Bedrohung der demokratischen Führung der auswärtigen Angelegenheiten, zugleich eine Parallele zum »kalten Krieg«. Rn

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Jg. 18, 1953

Drobnig, Ulrich: Rechtsvergleichung und Rechtssoziologie (S. 295–309).

Aubin, Bernhard C. H.: Die öffentlich-rechtliche Einwirkung des Krieges auf private Vorkriegsverträge mit Feindbeziehung unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals der deutschen Vorkriegsverträge im 2. Weltkrieg (S. 423–479).

Drobnig, Ulrich: Extraterritoriale Reflexwirkungen ostzonaler Enteignungen (S. 659–689).

— Jg. 19, 1954

Troller, Alois: Das Welturheberrechtsabkommen (Genf 6. 9. 1952) (S. 1–57).

Czapski, Georg: Zur Frage des Verlustes der niederländischen Staatsangehörigkeit (S. 121–122). Zn

Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 25, 1954

Kaufmann, Günter: Die Saar – Anfang oder Ende Europas? (S. 74–80).

Kloss, Heinz: Das Recht auf die Muttersprache (S. 81–85). Verf. befürwortet internationale Konventionen zum Schutz sprachlicher Minderheiten, bei denen es weniger darauf ankommen solle, Forderungen aufzustellen, wie es in den Pariser Vorortverträgen geschehen sei, als vielmehr bestehende Zustände zu kodifizieren.

Sylvain-Bouchereau, Madeleine: Die Republik Haiti – der zweite unabhängige Staat Amerikas (S. 129–137).

Boettcher, Erik: Integration der Europäischen Arbeitskraft (S. 138–143).
Beyer, Paul: Benelux (S. 199–206).

Bh

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 110, 1954

Fechner, Erich: Gewaltanwendung und Gewaltüberwindung als Notwende im Recht. Ein soziologischer Beitrag zur Frage des Friedens (S. 13–38).

Giese, Friedrich: Die Bundeskompetenz zur Regelung des Wasserhaushaltswesens (S. 257–278). Die Materie des »Wasserhaushaltes« sei geradezu als Schulbeispiel geeignet, die Anwendbarkeit des Begriffes der Zuständigkeit »aus der Natur der Sache« darzulegen. Hierin liege jedoch für die vorliegende Frage nicht etwa die alleinige Kompetenzbegründung des Bundes.

Fischer, Curt Eduard: Die Geschichte der deutschen Versuche zur Lösung des Kartell- und Monopol-Problems (S. 425–456).

Börnert, Bodo: Die Lehre Pufendorfs von der beschränkten Monarchie. Ein Beitrag zur Geschichte des Souveränitätsgedankens (S. 510–521).

Dg

Zeitschrift für Luftrecht. Bd. 3, 1954

Bodenschätz, Manfred: Die Einwirkung des Krieges auf die Anwendbarkeit des Warschauer Abkommens (S. 11–17). Verfasser bejaht die Fortgeltung.

Meyer, Alex: Bedeutung des Römischen Haftungsabkommens vom 7. 10. 1952 für die Luftrechtsgesetzgebung der deutschen Bundesrepublik (S. 42–52).

Meyer, Alex: Der internationale Luftlinienverkehr und der internationale entgeltliche Gelegenheitsverkehr nach geltendem Recht und de lege ferenda unter besonderer Berücksichtigung einer Koordinierung des europäischen Luftverkehrs (S. 223–251).

Zn

Zeitschrift für Ostforschung. Jg. 3, 1954

Meissner, Boris: Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den baltischen Staaten von der deutsch-sowjetischen Interessenabgrenzung bis zum sowjetischen Ultimatum (S. 161–179).

Ws

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Bd. 73, 1954

Friesenhahn, Ernst: Wesen und Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit (S. 129–162). Gastvorlesung vor der Juristischen Fakultät der Universität Bern vom 19. 1. 1954.

Eichenberger, Kurt: Rechtssetzungsverfahren und Rechtssetzungsformen in der Schweiz. Bemerkungen zur Praxis der Rechtssetzung, insbesondere der Gesetzgebung (S. 1 a–118 a).

Rn